

Tagebuch 1966

Vietnam. Klausurtagung der CDU

Freitag, den 7. Januar 1966

Das 100. Treffen der südwestdeutschen Liberalen am Dreikönigstag in Stuttgart hatte es in sich: Reinhold Maier warf gestern auf dem Festakt im Großen Staatstheater dem Bundespräsidenten unter stürmischem Beifall einen Verstoß gegen die Amtspflichten vor; in der anschließenden Pressekonferenz stritten sich Mende und Saam über die Perspektiven der gegenwärtigen Bonner Koalition. Dabei legte Mende die Partei auf eine Koalition mit der CDU/CSU bis praktisch 1973 (!) fest; endlich verabschiedete der Landesparteitag eine Entschliebung zur Ostpolitik, in dem die Anerkennung der Ostgrenzen für den Fall von Friedensvertragsverhandlungen in Aussicht gestellt wurde.

Am Mittwochmorgen hatte Saam den Parteitag in der Stuttgarter Liederhalle mit einem bemerkenswerten Referat eröffnet, das nicht nur sehr progressive Formulierungen zur Außen-, Ost- und Deutschland-Politik enthielt, sondern auch eine ungewohnt harte Auseinandersetzung mit der Politik des Koalitionspartners¹. Am Nachmittag, im Außenpolitischen Arbeitskreis, referierten Moersch und ich vor ca. 60 Delegierten und Gästen. Es folgte eine stundenlange Diskussion, die sich vor allem um die Grenzfrage drehte und überwiegend neue Schritte in der Ost- und Deutschlandpolitik befürwortete. Mein Referat, freundlich aufgenommen, wurde in seinen Schlußfolgerungen zum Bestandteil der Parteitagsentschließung.

Am Dienstag, auf der Fahrt zum Parteitag, machte ich auf Moersch's Bitte einen Umweg über Karlsruhe und Stammheim. M. benutzte die Gelegenheit zu einem ausgiebigen Gespräch über die Partei-Situation. Sein Vorschlag: Falls Mende weiterhin nicht richtig agiere, müßte Dehler für eine befristete Zeit noch einmal die Führung der Partei übernehmen; mit ihm sollten wir dann in die Opposition gehen. Ich finde diesen Gedanken

¹ Die CDU bezeichnete der FDP-Landesvorsitzende als „eine Partei, die im Kern konservativ ist und die im Zweifel immer eine obrigkeitstaatliche Politik vertritt.“ Saam: „Geschicktes Management und Gesundheitsbetriebe, verbunden mit Personenkult, helfen der Union vielleicht noch eine Weile zu Wahlerfolgen. Für eine konstruktive Ostpolitik, d.h. für eine Politik des mutigen Wettbewerbs mit dem kommunistischen Osten und damit einer dauerhaften Sicherung des Friedens und der Freiheit ist diese Parteigruppierung offensichtlich ungeeignet.“ (Referat abgedruckt in: *Südwest Merkur* Nr. 1 vom 7. I. 1966). Zur Vorbereitung dieses Referates hatte am 24. 11. 1965 im Bonner Bundeshaus eine Besprechung zwischen Saam, Moersch und Schollwer stattgefunden.

sehr interessant, doch sehe ich offengestanden wenig Möglichkeiten zu seiner Realisierung.

Mittwoch, den 12. Januar 1966

Gestern nachmittag äußerte sich Mende vor der Fraktion erneut zum Vietnam-Konflikt. Interessant seine Bemerkungen zur Haltung der Bundesregierung in dieser Sache. Zwar sei eine Hilfe Bonns niemals von den Amerikanern gefordert worden und nach den NATO-Bestimmungen auch gar nicht möglich, doch erwarte man einen „symbolischen Beitrag“: Bau- und Sanitätseinheiten. Unter „Baueinheiten“ müsse man schwere Pionierverbände verstehen. Aber auch die Sanitätseinheiten seien bewaffnet und hätten Kombattanten-Status. Darauf habe er – Mende – im Kabinett hingewiesen. Das habe Schröder nicht gefreut, weil er – so Mende – das Kabinett eigentlich „überfahren“ wollte. Denn dessen Mehrheit stehe solchen Ansinnen „absolut ablehnend“ gegenüber. So sei man auf das Thema „Lazarett-Schiff“ gekommen und habe die zuständigen Minister angewiesen, eine entsprechende Kabinettsvorlage zu erarbeiten². Im übrigen seien die amerikanischen Friedensbemühungen in Südostasien wohl schon jetzt gescheitert.

In seinem Bericht zur Lage ging Mende auch auf den Dreikönigstag ein, kritisierte einige auf dem Parteitag gemachte Äußerungen und behauptete, Wehner habe Adenauer mitgeteilt, die SPD werde im Falle einer großen Koalition das Mehrheitswahlrecht einführen. Das aber würde bedeuten, daß die FDP 1969 nicht mehr im Bundestag vertreten sein werde. Die FDP müßte eigentlich schon jetzt Konkurs anmelden, angesichts der zwei Millionen Mark Schulden und der Tatsache, daß im Januar die Gehälter nicht gezahlt werden könnten³.

Am Dienstagvormittag berichtete AA-Legationsrat Arnold im Arbeitskreis über die Pariser NATO-Konferenz. Zur nuklearen Zusammenarbeit im Bündnis meinte der Diplomat, das MLF-Projekt sei „gegenwärtig wohl etwas in den Hintergrund getreten“; vielleicht hätten die Experten „den

² Lt. *Der Spiegel* Nr. 4 vom 17. 1. 1966 hatte Präsident Johnson den Bundeskanzler um deutsche Unterstützung im Vietnam-Krieg gebeten. Schröder hatte sich in interfraktionellen Gesprächen für eine „Entsendung deutscher Soldaten auf den fernöstlichen Kriegsschauplatz ausgesprochen.“ Es war jedoch der einzige Minister im Kabinett, der für ein militärisches Engagement der Bundesrepublik in Vietnam plädierte. Am 12. 1. 1966 beschloß das Bundeskabinett, das deutsche Hospitalschiff „Helgoland“ als schwimmendes Lazarett vor der Küste von Vietnam zu stationieren („Lazarett-Dampfer – Schiff ohne Frauen“ – in: *Der Spiegel* Nr. 4 vom 17. 1. 1966).

³ Die Gehälter wurden zwar gezahlt, doch stand die FDP zu Beginn des Jahres 1966 vor der unangenehmen Möglichkeit, daß die beim Bundesverfassungsgericht laufenden Verfahren in Sachen staatliche Parteienfinanzierung gegen die Parteien ausgehen könnten und die vorläufige Einstellung der Zahlungen zu einer Dauerregelung werden könnte.

Anschluß an die Wirklichkeit verloren“. Aber die Linie der Bundesregierung bleibe unverändert. Achenbach hielt dem entgegen, daß ein Besitz von Nuklearwaffen die deutsche Sicherheit nicht fördere; diese Ansicht vertrat auch Borm. Arnold bedauerte dagegen, daß nicht nur Moskau, sondern auch der Westen die Ansicht vertrete, Deutschland als geteiltes Land dürfe keine A-Waffen haben. Denn Sicherheit werde besser durch größere Abschreckung garantiert, als „durch die Spekulation auf den guten Willen der Gegenseite.“ Ist das die Position des Auswärtigen Amtes?

Um die Mittagszeit traf Mende im Arbeitskreis ein. M. gab bekannt, was er am 22. vor dem Gesamtdeutschen Ausschuß ausführen wolle: Die Deutschlandpolitik werde 1966 schwieriger werden und Bonn für neue Zugeständnisse der DDR künftig höhere Preise bezahlen müssen. In der SBZ habe die Gruppe der Pragmatiker an Boden verloren zugunsten der Ulbricht-Gruppe und der Ideologen. Letztere würden von Breschnew gestützt. Diese Leute wollten eine Aufwertung der DDR und seien nicht bereit, über die deutsche Frage zu verhandeln, allenfalls über Berlin. Darum sei auch in diesem Jahre wiederum mit keiner Deutschlandkonferenz zu rechnen, eine aktive Ostpolitik Bonns werde hingegen durch die Berlin-Klausel blockiert. Schröder wolle im Frühsommer nach Moskau reisen (wenn die CDU/CSU nicht „querschießt“), nachdem Carstens bei seinem Besuch in der sowjetischen Hauptstadt Kontaktbereitschaft festgestellt habe. Ziel einer solchen Reise: die Generalisierung der Berlin-Klausel und Festlegung gegenseitiger Vorbehalte.

Samstag, den 15. Januar 1966

Gestern eine ganztägige Klausurtagung der Parteileitung in Niederbreisig. Stoltz trug eine Wahlanalyse vor, Friderichs seinen „Vier-Jahres-Plan“ für Partei und Parteileitung⁴. Nach F.'s Auffassung sollte sich einer der nächsten Bundesparteitage ausschließlich mit der Bildungspolitik befassen. Am Ende des Parteitages müsse dann ein Konzept verabschiedet werden, das die FDP als „Anwalt der höheren Bildungsschichten“ personifiziere. Die Schulungstätigkeit nach dem Muster Rengsdorf sei „völlig überholt“: die Funktionsträger der Partei müßten künftig als erste informiert werden. Ein Ausbau und Umbau der Politischen Abteilung im Bonner Talweg sei

⁴ An dieser Klausurtagung im „Weißen Ross“ in Niederbreisig (heute Bad Breisig) nahmen 21 Mitarbeiter der Parteileitung teil. Aus der Wahlanalyse von Volker Stoltz notierte Schollwer folgende Feststellungen: „Bereich Rechtsstaatlichkeit konnte von FDP überzeugend okkupiert werden. Bereich Deutschlandpolitik überzeugend durch Mende repräsentiert und durch Frankfurter Parteitag verdichtet. Aussagen der FDP in der Deutschlandpolitik glaubhaft? Durchsetzung der Forderungen war nicht möglich – Moskau-Reise, dipl. Beziehungen, Hallstein-Doktrin etc. Gesellschaftspolitik konnte nicht transparent gegenüber Öffentlichkeit in ihren FDP-Forderungen gemacht werden, aber sozialreaktionärer Effekt konnte abgebaut werden, Bildungspolitik gewinnt bei FDP-Wählern an Aktualität. Hamm-Brücher bei 17% der Wähler bekannt geworden ...“.

geplant, damit die Geschäftsstelle der „wachsenden Macht des Apparates bei der Willensbildung der Partei“ besser gerecht werden könne. Auch für die Pressestelle („Wirksamkeit nicht ausreichend“) hat sich F. wieder einigedach: Spezifizierung und Aufgabenerweiterung. Auch die fdk solle (zumindest äußerlich) verändert werden.

Donnerstag, den 20. Januar 1966

Am Mittag von einem dreitägigen Berlin-Aufenthalt zurückgekehrt. Der Fraktionsausflug an die Spree erwies sich diesmal als ausgesprochen unergiebig. Es war, wie die *Süddeutsche* gestern schrieb, eine „Bonner Pflichtübung“ in Berlin, bei Temperaturen um zehn Grad unter Null und knöcheltiefem Schnee. Am Dienstagabend beschäftigte sich der Fraktionsvorstand im Park-Hotel Zellermer mit Gradls *Spiegel*-Interview zur Ost- und Deutschlandpolitik⁵, das allgemein Aufsehen erregt hat. Denn es läßt sich nur schwer mit dem in Übereinstimmung bringen, was Schröder in der vergangenen Woche dazu im Deutschen Bundestag vortrug. G. nähert sich mit seinen Aussagen nun offenbar wieder mehr dem FDP-Standpunkt, nachdem er in jüngerer Vergangenheit eher bei den Unionsfalken zu finden war.

Man diskutierte dann wenig konzentriert und ohne Konsens über das von Mende in Stuttgart wieder zur Diskussion gestellte Projekt einer Moskau-Reise der FDP und die Idee einer „generalisierten Berlin-Klausel“. Zur Moskau-Fahrt bemerkenswerte Ausführungen Scheels, die von Starke lebhaft unterstützt wurden⁶. Am Dienstagnachmittag im Reichstag eine viereinhalbstündige Fraktionssitzung, zähflüssig und ohne straffe Leitung.

⁵ „Noch Karten für einen Grand mit Vieren?“ Gespräch mit Gradl über Oder-Neiße-Grenze und Wiedervereinigung – in: *Der Spiegel* Nr. 4 vom 17.1.1966. In diesem Interview waren Sätze enthalten wie: „Die deutsche Politik meint ... nicht, daß die Grenzen von 1937 sozusagen auf Punkt und Komma unverändert unter allen Umständen wiederhergestellt werden müssen ... Ich bestreite nicht, daß es richtig ist, den Vertriebenen Illusionismus zu unterstellen, die Illusion nämlich, daß einfach alles so wieder restauriert werden kann, wie es am 31. Dezember 1937 gewesen ist ... Mich hat noch keiner gescholten, wenn ich gesagt habe, daß die Wiedervereinigung selbstverständlich nur in Verbindung mit einem neuen europäischen Sicherheitssystem zu erreichen sein wird.“

⁶ Akuter Anlaß für diese Diskussion war eine Meldung des *Spiegel* vom 17.1. („Rußland-Reisen“), wonach der FDP-Vorstand seine Pläne, eine größere Parteidelegation in die Sowjetunion zu schicken, nicht aufgegeben und bereits fünf Delegationsmitglieder ausgewählt habe: Kühlmann, Genscher, Friderichs, Menne und Hamm-Brücher. Gegen diese Reise sprachen sich in Berlin von Kühlmann, gegen die Zusammensetzung der Delegation vor allem Zoglmann und Starke aus. Scheel warnte vor Reisen „als Dinge an sich“, die nur „touristischen Wert“ hätten; selbst die Dehler-Reise nach Moskau sei „politisch gleich Null“ gewesen. „Bei unserer gegenwärtigen Haltung in der Deutschland- und Ostpolitik werden die Gespräche in Moskau zu einem Witz!“ Was könne denn ein FDP-Vertreter seinen sowjetischen Gesprächspartnern überhaupt sagen? Man solle lieber erst einmal in der Fraktion über die Ost- und Deutschlandpolitik reden.

Hauptthema: die EWG-Krise. Auch Kühlmanns Pressekonferenz gestern Mittag im Hotel am Zoo konnte nicht befriedigen: Der Fraktionsvorsitzende zeigte sich schlecht informiert, entsprechend waren seine Antworten auf Fragen der Pressevertreter. Genscher, mit dem ich anschließend einen kleinen Einkaufsbummel auf dem Ku-Damm machte, äußerte sich mir gegenüber sehr kritisch über die Fähigkeiten unseres Fraktionsvorsitzenden. Ich konnte ihm nur beipflichten.

Heute früh, bei einer Vorbesprechung der nächsten Arbeitskreis-Sitzung kündigte Friderichs die Bildung einer Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik beim Bundesvorstand an. Deren Erfolg wird von der Zusammensetzung des Gremiums abhängen.

Freitag, den 21. Januar 1966

Bei zeitweilig sehr schlechter Besetzung diskutierte der Bundesvorstand heute die von Friderichs vorgelegte Analyse der Bundestagswahl sowie die von ihm vorgeschlagenen Konsequenzen. Unser Bundesgeschäftsführer erhielt nachdrückliche Unterstützung nur von Rubin und Hamm-Brücher. Die anderen Vorstandsmitglieder lehnten die Friderichs-Thesen zwar nicht direkt ab, doch war viel Skepsis bzw. Zurückhaltung spürbar.

Montag, den 7. Februar 1966

Reutte (Tirol)

Urlaub bei strömendem Regen. Gelegenheit, um im Quartier die erste Skizze für eine neue Deutschlandanalyse zu entwerfen. Die *Tiroler Tageszeitung* meldet heute Ausschreitungen in Berlin gegen das Amerika-Haus wegen der Vietnam-Politik der USA. Die Bundesregierung vermutet hinter diesen Demonstrationen Kommunisten – als ob nicht auch bei Nichtkommunisten dieser sinnlose Krieg Betroffenheit oder gar Proteste auslösen könnte.

Dienstag, den 1. März 1966

Der Vietnam-Krieg beherrscht zunehmend die Diskussion auch in der Bundesrepublik. Die Vorgänge in Südostasien entwickeln sich immer mehr nach dem Muster der klassischen griechischen Tragödie: der tragische Ausgang ist gewiss, die dorthin führenden Ereignisse folgen in immer kürzeren Abständen. Ab und zu dringt durch das düstere Geschehen ein trügerischer Hoffnungsschimmer, nur dazu bestimmt, die unheilsschwangere Finsternis noch zu unterstreichen.

Auch die Fraktion beschäftigte sich heute nachmittag wieder mit diesem bedrückenden Thema. Genscher meinte, die Vietnam-Politik der Bundesregierung müsse morgen im Kabinett geklärt werden. Saam und Dorn

sollten dem Ausschuß angehören, der sich mit der Vietnam-Hilfe zu beschäftigen hat. Dorn erwiderte, er könne nicht zustimmen, daß auch nur ein einziger deutscher Zivilist nach Saigon gehe; deshalb wäre es wohl besser, nicht Mitglied dieses Ausschusses zu werden.

Mende erinnerte erneut an die amerikanische Forderung, deutsche Bau- und Sanitätseinheiten nach Südvietnam zu schicken. Dieses Begehren sei auf harten Widerstand bei den meisten Kabinettsmitgliedern gestoßen, das habe man den Amerikanern mitgeteilt und sich für das schwimmende Hospital entschlossen. Außerdem habe Lücke den Auftrag erhalten, „Infrastrukturhilfe für Vietnam“ zu prüfen (Brückenbau, Schulbau etc.). Mende: „Wir stehen natürlich unter einem recht massiven Druck. Wir werden nicht darum herum kommen, auch an den Lasten des Krieges beteiligt zu werden, die Amerikaner lehnen bares Geld ab!“ Schultz, Ertl, Hellige u. a. bemängelten, daß nicht Scheel (als der dafür zuständige Minister), sondern Lücke (Innenminister) mit dieser Aufgabe betraut wurde. Es folgte eine längere Debatte über Zuständigkeiten im Kabinett und in Bundestagsausschüssen für solche Fragen, die Genscher mit der Feststellung beendete, Scheel habe eine Erhöhung der Entwicklungshilfe für Vietnam abgelehnt, weil das eine Politisierung dieser Hilfe bedeuten würde. Genscher: „Die Russen warten nur darauf, einen Vorwand für die Errichtung einer zweiten Front zu erhalten; sie hätten ihn, sobald Deutsche in Vietnam personell präsent sind.“ Zustimmung von Starke.

Zu der vor zehn Tagen an die Öffentlichkeit gelangten, vertraulichen Studie aus dem Mende-Ministerium über eine künftige Regelung der deutschen Ostgrenzen⁷, meinte E. M., er halte diese Analyse „für eine der besten Ausarbeitungen zur Deutschlandpolitik, die ich je in die Hand bekam.“ Auch in Zukunft werde es Denkschriften geben, es läge bereits eine weitere vor. Diese sei „noch nüchterner und skeptischer, was die Zukunft unserer Vorstellungen (sic!) anbetrifft.“ –

Erstaunliche Feststellungen, nachdem bereits dieses Papier einen erheblichen Wirbel in der Bundesrepublik ausgelöst hat und dessen Inhalt auch

⁷ Am 20.2.1966 veröffentlichte die konservative Wochenzeitung *Echo der Zeit* Auszüge aus einer vertraulichen Studie, die im Gesamtdeutschen Ministerium als Antwort auf die Denkschrift der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD ausgearbeitet worden war. Diese Studie war Gegenstand einer Anfrage des CDU-Abgeordneten Werner Marx, die – zusammen mit den Zusatzfragen – in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 2.3.1966 von Minister Mende beantwortet wurde. Dort versuchte Mende die Brisanz der Denkschrift herunterzuspielen. Die Studie behandelte das Problem der sogenannten „Rückstellungsklausel“ im Zusammenhang mit der Grenzfrage und stellte, in Interpretation des Grundgesetzes u. a. fest: „Zwar ist nach dem Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes das gesamte deutsche Volk aufgefördert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, Deutschland wird hier aber in seinem territorialen Besitzstand nicht definiert.“ Dieser Satz rief bei den Heimatvertriebenen und der CDU/CSU heftigen Widerspruch hervor.

noch von Kalten Kriegern absichtsvoll in die Nähe zu meinem Deutschland-Papier gebracht worden ist⁸.

Am Schluß der Aussprache zum „Politischen Bericht“ fragte Moersch, was an den wiederholten Berichten der Springer-Presse dran sei, wonach Dahlgrün durch Strauß abgelöst werden solle, auch der Bonner Korrespondent des *Münchener Merkur*, Harald O. Hermann, sei von Rasner im gleichen Sinne informiert worden. Mendes Antwort: „Erhard weiß spätestens seit heute früh, daß ein Auswechseln Dahlgrüns durch Strauß den sofortigen Austritt der FDP aus der Koalition bedeuten würde.“ Keine weiteren Wortmeldungen ...

Donnerstag, den 10. März 1966

Gestern, auf einem bis zur mitternächtlichen Stunde dauernden Herrenabend bei Mr. Wolfson, beeindruckte Genscher die Gesprächsrunde mit unkonventionellen Thesen zur Deutschlandpolitik: er plädierte für Gespräche mit der DDR, zitierte Peter Bender und sprach sich gegen Mendes These von einer europäischen Lösung der deutschen Frage aus.

Der von Sommer in Frankfurt angekündigte Schritt de Gaulles gegen die NATO ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Vor drei Tagen hat der französische Staatspräsident seine Absicht kundgetan, die volle Souveränität Frankreichs innerhalb der westlichen Verteidigungsgemeinschaft wiederherzustellen, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Bonn ist z.Z. Gegenstand von Bemühungen Washingtons und Frankreichs, die Bundesrepublik in dem nun folgenden bündnisinternen Gerangel auf ihre Seite zu ziehen. Doch Erhard will offenbar nicht „ein Komplize Frankreichs bei der Zerstörung der NATO“ werden und scheint entschlossen, lieber die amerikanische Karte zu spielen. Der von langer Hand verbreitete Coup de Gaulles gegen die Allianz dürfte nicht nur zur längst fälligen Ernüchterung über die Politik des langen Generals, sondern auch zur Isolierung Frankreichs und zur Steigerung der Bedeutung Bonns als europäischer Bundesgenosse zu dem europäischen Bundesgenossen der USA führen. Ob das aber im Interesse Deutschlands und Europas ist, muß wohl bezweifelt werden.

Montag, den 14. März 1966

Meine Kritik an der Atomwaffen-Politik von Hassels vom vergangenen Dienstag rief bei dem von der fdk nicht namentlich genannten Verteidi-

⁸ „Der Minister und sein Alibi – Die Ministerielle Denkschrift-Studie hatte ein Vorbild“ – in: *Echo der Zeit* vom 27.2.1966. Darin heißt es u.a.: „Anlässlich der Diskussion um das von uns veröffentlichte Geheimpapier aus dem Hause Mende wurde übrigens in Bonn wieder an den „SchowerPlan“ (sic!) erinnert ... Der Plan enthält im *wesentlichen* bereits jene Gedanken, die nun im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen aufgeschrieben wurden.“

gungsminister Unwillen hervor⁹. Wie mir Mende heute morgen berichtete, hat sich von Hassel inzwischen bei ihm wegen meines fdk-Artikels beschwert. M. meinte, man solle v. H. schonen, er sei doch Anhänger der kleinen Koalition. Auch sei überhaupt Zurückhaltung in NATO-Fragen angezeigt. Daß Mendes Kabinettskollege mit seiner zu diesem Zeitpunkt aufgestellten unsinnigen Forderung nach physischem Mitbesitz an atomaren Waffen für die Bundesrepublik uns in eine prekäre Lage bringt und Frankreich geradezu ermuntert, seine gegen die NATO gerichtete Politik fortzusetzen, scheint unseren Vorsitzenden nicht zu erschüttern.

Mittwoch, den 16. März 1966

Am späten Nachmittag suchte mich Brodesser auf, um mir im Auftrage Mendes das Amt des Leiters des Pressereferates im Gesamtdeutschen Ministerium anzubieten. Überrascht von dem plötzlichen Einfall des Vorsitzenden versprach ich, mir dieses Angebot noch einmal zu überlegen. Ich wies B. jedoch zugleich auf frühere Äußerungen Mendes, z. B. im engeren Vorstand, hin und dessen damalige Überzeugung, daß er meine Bestallung im Kabinett nicht werden durchbringen können. Auch hätte ich Bedenken, auf diesem Posten politisch „neutralisiert“ zu werden.

Gestern, im Außenpolitischen Arbeitskreis, trug Hartkopf seine fortschrittlichen „Stichworte zur Deutschlandfrage“ vor. Sie fanden viel Zustimmung. Bei Dehler und Achenbach tauchten in der nachfolgenden Aussprache freilich wieder Akzente auf, die eine realistische Betrachtungsweise des Deutschlandproblems durch diese Parteifreunde bezweifeln lassen.

Am Nachmittag diskutierte die Fraktion die NATO-Krise. Starke übte scharfe Kritik an der Äußerung von Hases, eine NATO ohne Frankreich sei besser als keine NATO. Konsultationen mit Paris seien – so Starke – zu begrüßen, bilaterale Verhandlungen mit Frankreich indessen abzulehnen. Die französische Regierung versuche, in Europa Angst vor der Bundeswehr zu schüren. Darum sei ein enger Kontakt Bonns mit den anderen NATO-Verbündeten notwendig.

Diese Auffassungen teilten auch die meisten der anderen Diskussions Teilnehmer. Genscher sagte allerdings, daß am Ende alle NATO-Staaten mit Paris bilateral verhandeln würden. Auch rate er der Bundesrepublik wegen der besonderen Situation Berlins nicht „Speerspitze der 14 NATO-Staaten gegen Paris“ zu sein. De Gaulle könnte sonst auf die Idee kommen, mit der Sowjetunion den Status des französischen Sektors Berlins zu verhandeln (!). Bucher berichtete, Erhard habe Herrn von Hase bereits wegen seiner Äußerung mild getadelt.

⁹ „Obwohl der Name des Verteidigungsministers nicht ausdrücklich genannt wird, zielt die FDP-Attacke eindeutig auf das Hassel-Interview des Hessischen Rundfunks vom Wochenende, Hassel hatte sich darin für einen physischen Mitbesitz an Atomwaffen neben der Beteiligung im McNamara-Ausschuß ausgesprochen.“ (DPA 135 id „FDP kritisiert Hassels Äußerungen zur NATO“ vom 8.3.1966).

Während der Fraktionssitzung fand im Bundeshaus eine Besprechung über eine Neugestaltung der fdk statt. Dabei wurden z. T. ziemlich abwegige Vorstellungen über die Aufgaben einer Pressestelle entwickelt, die offenbar von unserem Werbebüro in Düsseldorf ausgekocht worden sind. Sie laufen auf die Formel hinaus: Verpackung ist alles, Inhalt ist nichts!

Mittwoch, den 23. März 1966

Die Bundesregierung will in den nächsten Tagen eine „Friedensnote“ an viele Regierungen der Welt senden. Mende erklärte dazu heute vor der Fraktion, diese Initiative Erhards sei mehr „für die Publizistik“ gedacht, denn als konstruktiver Beitrag“ zu werten. Also wieder die übliche Propaganda?

Zur Deutschlandpolitik meinte der Vorsitzende, de Gaulles gegen die NATO gerichtete Schritte hätten auch positive Seiten: sie könnten zu einer „Auflockerung“ führen und „neue Chancen für die Deutschlandpolitik“ eröffnen. Über neue deutschlandpolitische Aktivitäten Bonns wußte Mende noch folgendes zu berichten: Der Deutsche Städtetag werde ermächtigt, wechselseitige Kontakte mit mitteldeutschen Städten aufzunehmen; die Regierungspräsidenten sollten mit den Zonenbehörden über Nachbarschaftsverkehr verhandeln. Im übrigen müßten dieses Jahr die gemischten Kommissionen eingesetzt werden, sonst gehe es nicht weiter. Die größten Gegner einer solchen Politik saßen im AA sowie bei der Gruppe Guttenberg. Doch sei mehr in nächster Zeit nicht erreichbar. Der Friedensvertrag solle lediglich angemahnt werden, doch müsse er davor warnen, zu glauben, daß er kurzfristig erreichbar wäre (das ging gegen Achenbach und Dehler). Was die USA anbetreffe, so seien diese bereits auf eine Konföderation beider deutscher Staaten eingestellt.

Frage Menne, ob der Vorsitzende denn eine solche Konföderation selbst wolle. Mende: Das sei jetzt noch unmöglich; darum solle man nicht von Konföderation, sondern von „Verklammerung“ sprechen. Auch müsse man sehen, daß für uns die Konföderation nur eine Zwischenphase auf dem Wege zur Einheit sei, für die DDR jedoch die Endstation.

Man diskutierte dann ein vom Arbeitskreis I erarbeitetes Positionspapier zur Deutschlandpolitik. Genscher war der Meinung, daß keiner der sechs Punkte der Vorlage in der Öffentlichkeit diskutiert werden könne. Die im Punkt 3 vorgeschlagenen Schritte zur Stärkung der Position Mendes bei den Wiedervereinigungsaktivitäten der Regierung müßten im Gespräch mit Erhard geklärt werden. Mit Außenminister Schröder gebe es keine Übereinstimmung in der Deutschlandpolitik mehr. Das veranlaßte Opitz zu der Feststellung, die FDP habe in früheren Jahren „aus nichtigen Gründen“ Koalitionskrisen entstehen lassen, jetzt habe sie die große Chance, sich von CDU und SPD in der Deutschlandpolitik absetzen zu können. Mischnick schlug vor, das AK-Papier zustimmend zur Kenntnis

zu nehmen, der Begriff „Verklammerung“ in Punkt 5, gegen den sich Ertl ausgesprochen hatte, sei richtig und notwendig¹⁰. Auf Einspruch Ertls wurde dann noch der Begriff „beide deutsche Teilstaaten“ gestrichen und durch „beide Teile Deutschlands“ ersetzt. Am Ende der Debatte ergriff Mende erneut das Wort: Es gebe keine Wiedervereinigungs-Konzeption, die die „DDR als Nullum ausklammern“ könne. In München werde 1972 die Olympiade nur stattfinden, wenn die DDR dort ihre Embleme zeigen könne. „Die Verklammerung ist das einzige Mittel, um in der Wiedervereinigungsfrage etwas zu erreichen“.

Während dieser Ausführungen Mendes schaute Dehler demonstrativ zur Wand. Die Fraktion nahm jedoch das Papier zustimmende zur Kenntnis. Ein Schritt voran. Hoffentlich verteidigt unser Vorsitzender auch morgen noch realistische deutschlandpolitische Positionen so überzeugend wie in der heutigen Fraktionssitzung.

Heute vormittag, während wir in der Fraktion die Deutschlandpolitik diskutierten, starb in Berlin Marie-Elisabeth Lüders. Sie wurde 87 Jahre alt. Nach anfangs etwas gespannten Beziehungen hatte sich im Laufe der Jahre zwischen der alten Dame und mir ein fast freundschaftliches Verhältnis entwickelt. Daß sie mich 1962 bei der Erörterung meines Deutschland-Papiers im Außenpolitischen Arbeitskreis nachdrücklich gegen meine Widersacher verteidigte, werde ich dieser oft so unbequemen und schwierigen Frau nie vergessen.

Sonntag, den 27. März 1966

Bei schwacher Besetzung erörterte der Bundesvorstand heute nachmittag das Wahldesaster von Hamburg. Mende und die Vorstandsmehrheit sprachen sich gegen eine neuerliche Beteiligung der Hamburger FDP an einer

¹⁰ Das vom 23.3. datierte 6-Punkte-Papier des Arbeitskreises forderte u. a. eine Intensivierung des Interzonenhandels (Punkt 1); einen Zeitungsaustausch zwischen beiden Teilen Deutschlands (Punkt 2); das Angebot der diplomatischen Beziehungen an alle Ostblockstaaten (Punkt 4); Demarchen der deutschen Botschafter in den Hauptstädten der Vier-Mächte-Konferenz über Deutschland sowie zur Billigung der Einrichtung gesamtdeutscher, gemischter technischer Kommissionen (Punkt 5); und schließlich die Ersetzung der bisherigen militärischen Paktsysteme durch ein europäisches Sicherheitssystem (Punkt 6). Punkt 3 des Papiers lautete: „Im Hinblick auf die weitere Führung der FDP in der Wiedervereinigungsaktivität und um den Minister für gesamtdeutsche Fragen herauszustellen, sollte im Staatssekretärsausschuß der Staatssekretär des BMG den Vorsitz erhalten. Denkbar wäre auch, den Staatssekretärsausschuß durch einen Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen unter dem Vorsitz des Ministers für gesamtdeutsche Fragen zu ersetzen.“ Handschriftlicher Vermerk d. Verf. am Rande: „Mende hat Bedenken, das sähe aus, als ginge es uns um das Prestige der FDP“. Die betr. Stelle unter Punkt 5 b) des Papiers lautete: „Ob die Botschafter zu Recht davon ausgehen könnten, daß die Regierungen der Vier Mächte nichts dagegen hätten, wenn gesamtdeutsche ... Kommissionen ... Möglichkeiten zu einer Verklammerung der beiden Teile schafften.“

Koalition mit der SPD aus. Man empfahl den Parteifreunden an der Elbe, sich in der Opposition zu regenerieren. Davon wollten freilich Engelhard und Müller-Link nichts wissen. Sie sehen umgekehrt im Bündnis mit der nun übermächtigen SPD die beste Überlebenschance und blieben mit dieser Auffassung allein.

Als Genscher gegen 17.30 Uhr eine entsprechende Vorstandsempfehlung vorschlug, verließen Engelhard und Müller-Link unter Protest Zoglmanns den Sitzungssaal. Bei nur einer Gegenstimme verabschiedete die Runde nach weiteren Diskussionsbeiträgen die Empfehlung, aus dem Wahlergebnis die Konsequenzen zu ziehen und sich an der Regierung nicht zu beteiligen. Man beschloß ferner, Engelhardt in Hamburg anzufragen, ihm diesen Beschluß mitzuteilen mit der Bitte, die für Freitag vorgesehene Landesausschußsitzung auf Montag zu verschieben, damit Mende an den Beratungen teilnehmen kann¹¹.

Erhards Friedensnote hatte nicht das von der Bundesregierung erhoffte Echo. Nicht nur die osteuropäischen Staaten, auch viele Zeitungen in Frankreich, England und in der Schweiz haben auf die Bonner Erklärung negativ reagiert. Trotz einiger begrüßenswerter Wendungen in dem Papier stehen auch über der jüngsten bundesrepublikanischen „Initiative“ die Worte: Zu wenig und zu spät. Die Bundesregierung muß zudem den in Ost und West bestehenden Verdacht zerstreuen, sie habe diese Note allein deshalb verfaßt und veröffentlicht, um einer neuen Anti-Bonn-Propaganda des KPdSU-Parteitages zuvorzukommen.

Das *Neue Deutschland* hat am vergangenen Wochenende den bisherigen Briefwechsel zwischen SED und SPD veröffentlicht¹². Dadurch hatte die Bevölkerung in Mitteldeutschland erstmals Gelegenheit, die Auffassung einer demokratischen Partei Westdeutschlands zur Deutschlandpolitik der SED legal und in extenso zur Kenntnis zu nehmen, ja sie sogar offen im SED-Staat diskutieren zu können. Wieviel muß wohl Ulbricht gegenwärtig daran gelegen sein, mit den Sozialdemokraten im Gespräch zu bleiben! Immerhin: es rührt sich was in Deutschland ...

¹¹ Am 1.4. beschloß der Hamburger Landesausschuß mit 88 gegen 67 Stimmen, in keine neue Koalition mit der SPD einzutreten (ADG, S. 12434)

¹² *Neues Deutschland* Nr. 85 vom 26. März 1966. Am 11.2.1966 hatte das *ND* einen offenen Brief Walter Ulbrichts an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD veröffentlicht, in dem der SED-Chef u. a. vorschlug, noch im Jahre 1966 „ein Gremium für die offene Aussprache der Deutschen aus Ost und West zu schaffen.“ Am 18. März beschloß der SPD-Parteivorstand eine offene Antwort der SPD mit sieben Fragen an die SED; aus der Reaktion auf diesen Brief wollten die Sozialdemokraten Rückschlüsse ziehen, „ob Voraussetzungen für eine umfassende deutsche Aussprache gegeben sind.“ Schließlich veröffentlichte das *ND* am 26.4. diesen „Briefwechsel“, zusammen mit der Antwort des ZK der SED auf das SPD-Schreiben vom 18.3. Das SED-Führungsgremium schlug darin vor, daß SPD und SED gemeinsam auf einer SED-Veranstaltung in der Karl-Marx-Stadt das Wort ergreifen, und daß in gleicher Weise auf einer SPD-Veranstaltung in Essen verfahren werden solle.

Palmsonntag, den 3. April 1966

Mischnick hat gestern in Frankfurt erstmals über die Bad Homburger Forums-Diskussion mit LDPD-Funktionären berichtet¹³. Vor den LDP-Landbeiräten Hessen und Rheinlandpfalz zog M. folgendes Fazit: Die LDP-Vertreter hätten sich zur Anwendung der Bestimmungen des Reichstagswahlgesetzes von 1924 bei späteren gesamtdeutschen Wahlen ausgesprochen. Für die DDR sei offenbar allein das Verhältniswahlrecht akzeptabel und nicht das Mehrheitswahlrecht, wie das bestimmte Kreise in der Bundesrepublik anstrebten. Mir kommt das – offengestanden – alles ziemlich unwirklich vor.

Die Diskussion nach den Referaten von Borm und mir war sehr konstruktiv, die unmittelbare Resonanz auf unsere Ausführungen jedoch recht unterschiedlich. Genscher kündigte neue Vorstellungen der FDP zur Deutschlandpolitik (welche?) an und sprach sich ganz allgemein für eine „selbstbewußte deutsche Deutschlandpolitik“ aus. Andere übten lebhaft Kritik an der CDU und ihrer Deutschlandpolitik. An der Berechtigung dieser Kritik dürfte auch das angekündigte Weißbuch der Bundesregierung¹⁴ nichts ändern, das Borm in Frankfurt sicher zurecht als „wertlos“ bezeichnete.

Montag, den 4. April 1966

Heute morgen stellte sich Mende auf einer Pressekonferenz im Bundeshaus etwa 100 Bonner Journalisten. Es ging hauptsächlich um die Ost- und Deutschlandpolitik. Der Vorsitzende redete viel und nahm wiederholt mit dem zweiten Satz das zurück, was er im ersten gerade verkündet hatte. Als Mende auf die Frage von Daniel Schorr, ob die FDP nun nach rechts rücken werde, erklärte, die FDP werde „national-liberale Politik betreiben, das ist die richtige Politik für die FDP“, gab es eine Explosion (Düsenjäger), die die Fensterscheiben erzittern ließ. Am Schluß dieser Veranstaltung lag Erich Mende nahezu vollständig auf der Erhard-Linie; nur die Forderung nach Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten blieb, allerdings versah er sie mit einem Vorbe-

¹³ Am 31.3.1966 trafen in Bad Homburg drei Vertreter der LDP aus Erfurt mit Vertretern der FDP zu einem öffentlichen Gespräch zusammen. Die FDP-Vertreter waren: Mischnick, Voitel (FDP-Stadtverordneter aus Frankfurt), Gries und Horn (beide DJD).

¹⁴ Weißbuch der Bundesregierung über „Die Bemühungen der deutschen Regierung und ihrer Verbündeten um die Einheit Deutschlands 1955–1966“, veröffentlicht am 29.4.1966. Das vom Auswärtigen Amt herausgegebene Weißbuch gibt den Wortlaut von 193 Dokumenten wieder, von der Genfer Direktive der Vier Regierungschefs vom 23.7.1955 bis zur sogenannten deutschen Friedensnote vom 25.3.1966.

halt¹⁵ Man fragt sich, was eine solche Pressekonferenz der FDP wohl nützen soll.

Donnerstag, den 7. April 1966

Mendes Vorsicht auf der Pressekonferenz hat sich beim Koalitionspartner nicht ausgezahlt.

Obwohl die Unterschiede zwischen den Aussagen unseres Vorsitzenden und der CDU/CSU-Linie in der Ost- und Deutschlandpolitik mit der Lupe zu suchen sind, hat Strauß gestern im *Bayern-Kurier* die Entfernung Mendes aus dem Bundeskabinett wegen eben dieser Äußerungen gefordert. Mit der ihm eigenen verbalen Aggressivität sprach der CSU-Vorsitzende im Zusammenhang mit Mendes Auftritt vor der Presse von einer „Demontage der deutschen Politik“. Wie sagte doch Borm am vergangenen Samstag in Frankfurt? Die Freien Demokraten sollten in die Opposition, wenn es ihnen in Bonn nicht gelinge, entscheidende Forderungen zur Deutschlandpolitik durchzusetzen. Sollten – aber werden wohl (leider) nicht.

Die durch die Kritik der CDU/CSU an Mende (auch Rathke hatte M. zuvor schon getadelt) ausgebrochene neuerliche Koalitionskrise brachte mir für gestern abend eine Reise nach Remscheid ein, wo ich – anstelle von Genscher, der in Bonn bleiben mußte – den dortigen Parteifreunden meine Auffassungen zur Deutschlandpolitik darlegte. Es gab eine lebhaft und positive Diskussion.

Mittwoch, den 13. April 1966

Die hysterische Aufregung der CDU/CSU über Mendes Pressekonferenz hält an. Davon haben sich inzwischen auch die Sozialdemokraten anstecken lassen, die gestern in ihrem Pressedienst mit den gleichen schiefen Argumenten und fragwürdigen Unterstellungen operierten wie unsere Patentchristen und Koalitionsgenossen. Vergessen sind die Bundestagsentschließung vom 1. Oktober 1958, der Herter-Plan von 1959, das Koalitionsabkommen von CDU/CSU und FDP vom Oktober 1961 wie auch das Memorandum der Bundesregierung vom August 1963, denn alle diese Beschlüsse und Dokumente gaben jenen Verhandlungen und Kommissionen ihren Segen, die Mende am 4. April in Bonn zwischen beiden Teilen Deutschlands unverändert für notwendig hielt. Daran habe ich heute noch einmal in der fdk erinnert, wenn wohl auch leider vergeblich.

In der vergangenen Woche hat Rolf Zundel in der *Zeit* nachdenkenswert Betrachtungen über unsere Partei angestellt. Sein Ruf nach einer li-

¹⁵ Mende meinte, bei Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten müsse der gleiche Vorbehalt ausgesprochen werden wie bei der Aufnahme der Beziehungen zu Moskau: keine Anerkennung des territorialen Status quo in Mitteleuropa.

beralen Oppositionspartei dürfte in der FDP viel Zustimmung finden, wenn auch nicht bei unserem Vorsitzenden.

In der gleichen Ausgabe der *Zeit* hat Strauß versichert, er glaube nicht „an die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen“. Dazu hat Genscher gestern im *Tagesdienst* gemeint, Straußens Erklärung laufe „auf einen Verzicht auf eine Deutschland-Politik mit der bisherigen Zielsetzung“ hinaus. Vielleicht ist also das Trommelfeuer der bayerischen „Christen“ auf die Stellungen der Liberalen nur ein Ablenkungsmanöver, um so die eigenen deutschlandpolitischen Absetzbewegungen zu tarnen.

Freitag, den 15. April 1966

Mittagessen mit Dimitrijew. Er lobte Mendes Rede vor dem Rhein-Ruhr-Club und erkundigte sich nach neuen Nuancen in der Bonner Friedensnote, die Moskau offenbar bisher nicht aufgefallen sind. Der FDP stellte D. eine ungünstige Prognose; er behauptete auch, daß die USA ihre Beziehungen zur Sowjetunion denen zur Bundesrepublik vorziehen würden. Ich habe versucht, dem Sowjetmenschen diesen Zahn zu ziehen.

Gestern abend ein längeres Gespräch mit Genscher und Friderichs über die Lage der Partei. Beide sind sehr pessimistisch (wie auch ich). Nach ihrer Auffassung ist Mende in eine hektische Betriebsamkeit verfallen; Dahlgrün und Bucher hätten als Bundesminister versagt. Doch wie kann man die Dinge zum Besseren wenden? Eine Antwort wußte keiner.

Mittwoch, den 20. April 1966

Der ganze gestrige Tag war der Ost-West-Politik gewidmet. Morgens im Arbeitskreis berichtete Moersch über die Fraktionsvorstandssitzung vom Sonntag, auf der die Koalitionsgespräche vom Montag und Dienstag über die Deutschlandpolitik vorbereitet worden waren. Man sei sich einig gewesen, daß die gegen den Parteivorsitzenden erhobenen Vorwürfe durch Übertragung der Zuständigkeit in der Deutschlandpolitik an Mende ausgeräumt werden müßten. Man wolle zudem die kommende Bundestagsdebatte so vorbereiten, daß dabei die CDU entweder auf unseren Kurs gebracht wird oder aber das Ende der Koalition gekommen sei; so sehe man die Alternative¹⁶.

Keine Klarheit habe im Vorstand darüber geherrscht, ob man an den SPD-Veranstaltungen in Chemnitz und Hannover teilnehmen solle. Dafür sei beschlossen worden, in einem Brief an Gerlach dessen Vorschlag abzu-

¹⁶ Moersch berichtete aus der Vorstandssitzung auch eine Meinungsäußerung Starkes, der die Ansicht vertreten haben soll, daß die FDP in der Deutschlandpolitik nicht mehr „zurückkönnen“ und eher die Koalition verlassen müsse, als erneut nachzugeben. Das sei – so Moersch – auch die Ansicht der anderen Vorstandsmitglieder gewesen.

lehnen, Gespräche zwischen den beiden Parteivorständen zu führen. Veranstaltungen sollten nur akzeptiert werden, wenn auch LDPD-Mitglieder daran teilnehmen können¹⁷.

Am Nachmittag berichtet Kühlmann der Fraktion über die Koalitionsgespräche. Die Verhandlungen hätten darunter gelitten, „daß bei der CDU über maßgebliche und grundsätzliche Fragen keine einheitliche Auffassung besteht“.

Der Bundeskanzler habe deshalb auch keine neuen Gesichtspunkte zur Deutschlandpolitik vorgetragen. Am ersten Tage der Gespräche sei die Pressekonferenz Mendes im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden. Dabei habe sich herausgestellt, daß die meisten CDU-Teilnehmer über den Wortlaut der Äußerungen Mendes vom 4. April gar nicht informiert gewesen seien.

Ein weiteres Thema: Strauß-Interview mit der *Zeit*. Nach sehr langer Diskussion habe man festgestellt, daß Mende mit seinen Äußerungen innerhalb der Richtlinien des Kabinetts geblieben sei. Doch antwortete Erhard ausweichend auf die Frage der FDP, ob die Regierung noch hinter ihrem Memorandum vom August 1963 stehe. Dagegen habe sich der Kanzler „ziemlich deutlich“ von den Strauß-Äußerungen distanziert.

Dann beschäftigte man sich in der Koalitionsrunde mit dem von der SPD geplanten Rednertausch; hier wurden ebenfalls unterschiedliche Meinungen in der CDU/CSU sichtbar. Erhard beklagte sich darüber, daß die SPD eigenmächtig vorgegangen sei und sich mit der Bundesregierung nicht abgestimmt habe.

Kühlmann habe daraufhin zum Kanzler gesagt. „Die SPD hat uns informiert, auch Herrn Gradl“. Die Freien Demokraten würden sich an den SPD-Veranstaltungen beteiligen. Mende ergänzte einschränkend: „Auf jeden Fall Beobachter, Endgültiges muß der Bundesvorstand beschließen“.

Im weiteren Verlauf des Koalitionsgespräches habe die FDP eine bessere Koordinierung der Deutschlandpolitik und die Bildung eines Kabinettsausschusses unter Leitung des Kanzlers vorgeschlagen. Erhard sei jedoch nicht bereit gewesen, dieses Thema auszudiskutieren, weil der Vorschlag „überraschend“ gekommen sei. Man habe auch keine Einigung darüber erzielen können, daß Mende den Vorsitz im Staatssekretär-Ausschuß übernimmt. In der Kompetenzfrage bestünde eine „völlige Verwirrung“ meinte Kühlmann. Er schloß seinen Bericht nach 35 Minuten mit

¹⁷ In ihrer offenen Antwort auf einen Offenen Brief der SED hatte sich die SPD am 15. 4. zu einem Rednertausch in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und Hannover bereiterklärt. In einem vom 2. 4. 1966 datierten Brief an den FDP-Vorsitzenden Mende hatte der Generalsekretär der LDPD, Manfred Gerlach, vorgeschlagen, „Besprechungen zwischen den Führungsspitzen der LDPD und der FDP zu beginnen.“ Diese Zusammenkünfte sollten nach Ansicht Gerlachs „im Wechsel in der DDR und in der Bundesrepublik stattfinden“ und zu einem „Gedankenaustausch über die Grundfragen unserer Nation“ führen.

der Bemerkung, es sei enttäuschend, daß die Bundesregierung zu den innerdeutschen Fragen keine Konzeption entwickelt habe und in der CDU/CSU über die Außen- und Deutschlandpolitik erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestünden.

In der Diskussion wies Genscher darauf hin, daß die FDP hinsichtlich der Frage einer Beteiligung an den SPD-Veranstaltungen noch völlig frei sei und darum verhindert werden müsse, daß wir in der Kabinettsitzung am Mittwoch festgelegt würden. Ertl warnte wiederholt vor der Kontaktpolitik, denn sie führe zur Zweistaatlichkeit Deutschlands. Moersch konterte und bezeichnete Ertls Haltung als „Attentismus“; es sei falsch, CDU und SPD gesamtdeutsche Kontakte zu überlassen.

Deutschlandpolitik. Redneraustausch mit der DDR

Sonntag, den 24. April 1966

Am Freitag nachmittag beschäftigte sich der Bundesvorstand mit Gerlachs Brief und einer von Genscher entworfenen Offenen Antwort. Sie fand mit einigen Änderungen die Billigung des Vorstands. Der beschloß sodann die Bildung einer technischen Kommission, die gegebenenfalls mit der LDPD Gespräche zur Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen führen soll; Hermann Hummel, C. C. Müller und ich sind für diese Aufgabe vorgesehen. Als ich die Sitzung vorzeitig verließ, bereitete man gerade die Veröffentlichung unseres Briefes sowie eines dazu gehörenden Kommuniqués vor.

Vor Beratung der Gerlach-Initiative hatte der Vorstand – zum Teil kontrovers – die Problematik des Redneraustausches diskutiert. Mende, bisher für Teilnahme an den geplanten SPD/SED-Veranstaltungen (und sei es mit Beobachtern), war auf einmal dagegen. Ihm widersprachen Bucher und Mischnick, während Scheel in diesem Punkte die Partei Mendes ergriff, zugleich aber allgemeine Bemerkungen zur Deutschlandpolitik machte, die unserem Vorsitzenden nicht ganz so geschmeckt haben dürften.

Am Abend mit der Bahn nach Stuttgart. Dort am Samstagmorgen das auf dem Landesparteitag beschlossene Ost-Seminar unter Moerschs Leitung. Seibt und ich referierten, nach der Mittagspause gab es eine lebhafte, überwiegend fortschrittliche Diskussion der ca. 30 Teilnehmer. Dabei achtete Moersch streng darauf, daß niemand über die in meinem Referat gesteckten Grenzen hinausging. Es zeigte sich, daß jahrelange Tabuisierung der Grenz- und DDR-Anerkennung bei einigen Parteifreunden inzwischen zu einem radikalen Stimmungsumschlag mit einem Anerkennungsverlangen praktisch um jeden Preis geführt hat. Zwischen Seibt und Moersch kam es zu einem heftigen Wortgefecht über die ziemlich müßige Frage, ob wohl Moskau bereit sei, den Deutschen die Wiedervereinigung zu gestatten.

Dienstag, den 26. April 1966

Ein Europa-Seminar der Friedrich-Naumann-Stiftung bot mir Gelegenheit, das unsere Partei seit mehr als zehn Jahren beschäftigende Thema „Europäische Integration und deutsche Wiedervereinigung“ eingehender und vielleicht auch etwas differenzierter zu behandeln, als das sonst allgemein üblich ist. Fazit meines Referates: Nur eine wirtschaftliche Verklammerung Europas und Deutschlands könnte den gegenwärtig noch bestehenden Widerspruch zwischen diesen beiden Hauptzielen deutscher Politik auflösen. Doch würde dann das Ergebnis keine Wiederherstellung des alten Zustandes in Mitteleuropa, sondern eine neue staatliche und soziale Ordnung für unser Volk sein. Der Vortrag wurde mit großer Zustimmung aufgenommen.

Inzwischen ist auch Erhard aus dem Tegernsee-Urlaub nach Bonn zurückgekehrt und hat mit einem umwerfenden Vorschlag sofort die Schlagzeilen der Presse erobert: Er möchte mit Kossygin über die deutsche Frage sprechen. Mißmutiges war vom Kanzler zum Thema Redneraustausch zu hören. Daß er dabei auch noch Mende ermahnte, der doch längst wieder auf seiner (Erhards) Linie zu sein scheint, mag wohl beim Kanzler „Stimmungssache“ sein.

Freitag, den 29. April 1966

Bezeichnende Äußerungen zur Deutschlandpolitik am Donnerstagabend vom CDU-Abgeordneten Lenze. Auf einem Forum in Meschede meinte der Studienrat aus Attendorn, Rechtsstandpunkte in der Deutschlandpolitik würden „durch Realitäten nicht über den Haufen geworfen.“ Lenze warnte zudem davor, sich zu sehr auf den „Standpunkt der Realität“ zu stellen. Die Ostpolitik Schröders diene der Isolierung der DDR (!).

Nellen und ich hatten bei solchen Bekenntnissen des CDU-MdB's wenig Mühe, die Mehrheit unserer Zuhörer (Studenten der Staatlichen Ingenieurschule) auf unsere Seite zu bringen. Heute morgen auf der Rückfahrt nach Bonn meinte Nellen, es könnte noch in diesem Jahre notwendig werden, daß SPD und FDP in Bonn gemeinsam die Regierung übernehmen. N. behauptete, Barzel habe sich sehr „abgewertet“, selbst in den katholischen Verbänden, und Strauß werde wohl bald an die Macht kommen.

Am Dienstag fiel in Rom endgültig die Entscheidung für München als Austragungsort für die Olympischen Sommerspiele 1972. Wie es heißt, geht die Bundesregierung dabei davon aus, daß in München – entsprechend dem IOC-Beschluß – zwei deutsche Mannschaften unter einer Flagge und mit einer Hymne auftreten. Und da hat man erst die Backen so aufgeblasen! Jetzt möchte offenbar niemand mehr an sein dummes Geschwätz von gestern erinnert werden; denn von der CSU bis zur SPD ist zu dieser Entscheidung nur absolut Positives zu hören.

Montag, den 2. Mai 1966

Heute morgen warnte Mende im „Team“ davor, in der Deutschlandpolitik die „Identität mit der SPD“ noch weiterzutreiben. Ich wies demgegenüber auf unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten zwischen FDP und CDU in den deutschlandpolitischen Fragen hin, auf das völlige Versagen von Erhard und Barzel sowie auf sich daraus ergebende Konsequenzen. Mende sagte voraus, daß die LDPD uns ein Angebot, den Redneraustausch betreffend, machen werde. Doch in dieser Sache sieht es zur Zeit nicht sonderlich gut aus, nachdem es erst am Wochenende zu einem heftigen Verfahrensstreit um die Termine für den Meinungsaustausch zwischen SPD und SED gekommen ist. Neue Grenzzwischenfälle vergiften zudem das gesamtdeutsche Klima¹.

Sonntag, den 8. Mai 1966

Der Verlauf der gestrigen Bundeshauptausschußsitzung in Mainz war nicht sehr befriedigend. Mendes einstündiger politischer Lagebericht war ein Gemisch aus Realismus und Phantasie, wobei glücklicherweise ersterer doch dominierte. Zutreffend seine Charakterisierung des sogenannten Weißbuches der Bundesregierung („es ist zwar nichts erreicht worden, aber es hätte noch schlimmer kommen können“) sowie der sowjetischen Europa-Politik („es deutet nichts auf eine sowjetische Aggression in Europa auch nur in der Theorie planend (sic!) hin“). Vernünftiges auch über die Lage in der DDR und unsere Grundeinstellung zu diesem deutschen Staat („Die These, dort drüben ist ein Nichts, ein Nihil oder Null, wie Sie wollen, ist nicht haltbar und schizophren“). Dann aber wieder der andere Mende: Festhalten am längst überholten Deutschland-Plan der FDP von 1959 und die ominöse Achenbach-These: „Ein zweiter deutscher Staat ist für uns weder anerkennbar noch aufwertbar, das ist die Schwelle, die wir nicht überschreiten können.“

Äußerungen von Genscher und Schultz lösten später eine Diskussion über die Frage aus, ob die DDR notfalls doch anerkannt oder zumindest als Verhandlungspartner betrachtet werden sollte, um in der deutschen Frage voranzukommen. Mende und Genscher wandten sich mit Schärfe gegen solche Tendenzen, der vorsichtige Mischnick plädierte für einen Abbruch dieser Debatte. Man diskutierte dann auch noch die Frage des „freien Geleits“ für DDR-Funktionäre im Zusammenhang mit einem

¹ Die SPD hatte den Mai für den Beginn des Disputs mit der SED vorgeschlagen, die SED bat demgegenüber beim zweiten Kontaktgespräch zwischen den beiden Parteien, den Beginn des Redneraustausches auf Juli zu verschieben. – In diesen Tagen kam es an der Berliner Sektorengrenze zu einigen schweren Zwischenfällen, bei denen ein Westberliner von Volkspolizisten erschossen und eine Ostberlinerin niedergeschossen worden war.

Redneraustausch, obwohl dieses Projekt bereits gestorben ist². Im übrigen wurde beschlossen, die alte Bestimmung erneut zu bekräftigen, daß alle Kontakte von FDP-Parteiverbänden und Mitgliedern mit Dienststellen der LDPD durch den Bundesvorstand genehmigungspflichtig seien.

Dienstag, den 10. Mai 1966

Die Rechtsexperten der drei Bundestagsfraktionen wollen versuchen, bis zum kommenden Montag einen gemeinsam formulierten Gesetzentwurf über das „freie Geleit“ vorzulegen. Dennoch sind die Chancen für einen Redneraustausch gegenwärtig etwa so groß wie die Möglichkeit, daß noch in diesem Jahre eine neue Viermächte-Deutschlandkonferenz stattfindet: also gleich Null! Dank der Kurzsichtigkeit von CDU-Politikern scheint es der SED zu gelingen, der Bundesrepublik die Schuld für das Scheitern dieses Unternehmens in die Schuhe zu schieben. Beim gestrigen Deutschlandgespräch der Parteien mit Bundeskanzler Erhard hat sich erneut herausgestellt, daß die Bundesrepublik für eine bewegliche Deutschlandpolitik ebenso wenig gerüstet ist wie die DDR. Bei einigen führenden Leuten der Unionsparteien offenbart sich gerade jetzt eine Geisteshaltung, die für die weitere Entwicklung unserer Deutschlandpolitik Schlimmes befürchten läßt. Erhard zeigt sich der neuen Situation nach dem Briefwechsel zwischen SED und SPD offensichtlich nicht gewachsen. Die mit dem Redneraustausch auftauchenden hochpolitischen Probleme wie die Frage eines „freien Geleits“ sind für den Kanzler nur „lächerliche Randerscheinungen“, während das bereits in den Archiven verschwundene und bestenfalls noch als Nachschlagewerk verwendbare „Weißbuch“ von Ludwig Erhard als eine „starke Initiative“ in der Deutschlandpolitik gefeiert wird. Und des CDU-Vorsitzenden Stellvertreter, Rainer Barzel, scheint seine Aufgabe gegenwärtig vor allem darin zu sehen, Formeln zu erfinden, die für Kalte Krieger und Progressive in seiner Partei gleichermaßen akzeptabel sind. Auf der anderen Seite überschätzen maßgebliche Männer in der FDP in beängstigender Weise die Möglichkeit, den christdemokratischen Koalitionspartner doch noch für eine zeitgemäße Deutschlandpolitik gewinnen zu können. Die eigentliche Ursache für diese fatale Fehleinschätzung liegt offenbar in der Abneigung mancher prominenter Parteifreunde

² Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hatte am 3.5. nach einer bis in die Abendstunden dauernden Sitzung über die Frage, ob und inwieweit im Zusammenhang mit der Einreise von SED-Funktionären in die BRD der Zwang zur Verfolgung politischer Straftaten gelockert werden solle, einmütig eine gesetzliche Ausnahmeregelung abgelehnt, durch die der Verfolgungszwang bei kriminellen Delikten vorübergehend aufgehoben wird. SPD und auch die FDP forderten demgegenüber eine gesetzliche Ermächtigung für die Bundesregierung, bestimmten Personen für eine fest begrenzte Zeit ein freies Geleit zuzusichern, „wenn dies der Sache der deutschen Einheit dienlich ist“.

gegen den Gedanken, das harte Brot der Opposition zu essen oder gar mit den „Roten“ in eine Koalition zu gehen.

Montag, den 16. Mai 1966

Heute morgen diskutierten wir im „Team“ in Abwesenheit Mendes die Lage unserer Partei. Dabei waren wir übereinstimmend der Meinung, die FDP müsse endlich den Mut zu unpopulären Auffassungen haben. Leider aber habe die Parteiführung kaum Zeit dazu, einige Fragen einmal grundsätzlich zu überdenken. Wie stark das Bedürfnis unserer Prominenz ist, auf jedes Nachdenken zu verzichten, zeigte die Fraktionssitzung am Nachmittag. Zoglmann, der leitete, ließ den Tagesordnungspunkt „Politischer Bericht“ absetzen, weil es politisch ja doch nichts zu berichten gebe.

Gestern ein neuerlicher Besuch bei den Weissenburger Jungdemokraten. Beim politischen Frühschoppen kam ich mit einem Mitglied der CSU und Funktionär der Jungen Union ins Gespräch. Der junge Mann behauptete, meine kurz zuvor dargelegten Ansichten zur Deutschlandpolitik stimmten weitgehend mit den Ausführungen überein, die Strauß am Samstag vor dem CSU-Landesausschuß in Rothenburg gemacht habe. Mein Gesprächspartner forderte die FDP auf, die in der CDU/CSU bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Deutschlandpolitik nicht auszunützen, sondern der Union Zeit zu lassen, die anstehenden Fragen auszu diskutieren. Im übrigen gab er an, im Besitz einer Fotokopie meiner Denkschrift von 1962, angeblich der Nummer 38 zu sein. Ob der die *Quick* beliefert hat?

Sonntag, den 22. Mai 1966

Die sowjetische Antwort auf Erhards „Friedensnote“ deutete zwar keine Kursänderung der Moskauer Deutschlandpolitik an, doch enthält die mit relativer Mäßigung formulierte Note zwei interessante Bemerkungen: Schon zum zweiten Male in diesem Jahr schlug der Kreml die Auflösung der gegenwärtigen Militärböcke und die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit vor. Auch stimmen die von der Sowjetregierung gemachten Vorschläge zur Lösung der deutschen und europäischen Probleme in einigen Fällen mit den Vorstellungen westlicher Staaten überein.

Die Bundesregierung ist da offenbar ganz anderer Meinung: sie beurteilt dieses sowjetische Papier fast ausschließlich negativ. Manche Regierungskreise sollen – Presseberichten zufolge – erklärt haben, man hätte diese Note wegen ihres beleidigenden Charakters gar nicht annehmen sollen. Die Presse hat gestern sofort die unterschiedliche Bewertung durch die Koalitionspartner herausgearbeitet.

Donnerstag, den 26. Mai 1966

In der kommenden Woche wird Hummel nach Ostberlin reisen, um dort in der Taubenstraße unseren Offenen Brief an die LDPD zu übergeben. Marx hat H. heute in einem Brief einige Tips mit auf den Weg gegeben³.

Nach Pfingsten soll nun eine interfraktionelle Vorlage für die Behandlung der eventuell zu einem Redneraustausch in die Bundesrepublik einreisenden SED-Funktionäre erörtert werden. Der Ältestenrat hat am Dienstag den 15. Juni für die erste Lesung des Gesetzes in Aussicht genommen, sofern bis dahin ein gemeinsamer Entwurf vorliegt. Und das ist leider noch ungewiß, zumal nicht klar wurde, was die einzelnen Parteien im Zusammenhang mit dem Gesetz über das „freie Geleit“ eigentlich unter „rechtsstaatlichen Prinzipien“ verstehen, wann diese verletzt werden oder nicht. Wir tun uns schon schwer mit einer etwas beweglicheren Deutschlandpolitik.

Mittwoch, den 1. Juni 1966

Pfingsten erschien im *Neuen Deutschland* ein neuer (dritter) Offener Brief der SED an die „Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland“. Das Blatt war – wie die Westberliner Presse berichtete – schon kurz nach seinem Erscheinen restlos ausverkauft. Nicht allerdings wegen des überaus langatmigen, 2 ND-Seiten umfassenden Schreibens Walter Ulbrichts, sondern weil das SED-Zentralorgan auf Seite 5 auch den zweiten Brief des SPD-Parteivorstandes vom 15. April im vollen Wortlaut abdruckte. Das war für die Ostberliner ein echtes Pfingstgeschenk.

Freitag, den 3. Juni 1966

Gestern stand in Dortmund auf dem SPD-Parteitag der kommende Redneraustausch mit der SED im Mittelpunkt der Debatten. Entgegen den Absichten Mendes und Scheels haben Marx und ich gestern Friderichs die Entsendung einer freidemokratischen Beobachterdelegation nach Chemnitz vorgeschlagen. Die Partei geht dabei kein Risiko ein, da ein Zustandekommen dieses Austausches nach wie vor recht unwahrscheinlich ist.

Am Donnerstagvormittag eine fast zweistündige Diskussion mit 24 russischen Studenten und Lehrern über außenpolitische Fragen. Die Gruppe befindet sich auf einer zweiwöchigen Besichtigungsreise durch die Bundesrepublik. Während der lebhaften Debatte war das üblich starke Mißtrauen der Sowjets gegenüber der Bundesrepublik wegen Notstandsgesetzen und Grenzforderungen spürbar. Es gab aber dennoch einen freundlichen und fast versöhnlichen Abschluß.

Morgen reisen wir nach Nürnberg zum Bundesparteitag. Das liberale Treffen wird von restaurativen Tendenzen in der Innen- und Außenpoli-

³ Vgl. Anmerkung 9.

tik überschattet. Die deutsche Öffentlichkeit erwartet deshalb von uns mehr als nur die üblichen Bekenntnisse. Doch mein recht zahmer Entwurf für die Mende-Rede in Nürnberg fand diesmal nicht in allen Teilen die Billigung des Vorsitzenden: er ist ihm noch immer „zu scharf“, wie mir Friderichs in der vergangenen Woche während einer Fraktionssitzung berichtete⁴, auf der Erhard und Schröder Belangloses über eine Englandreise erzählten.

Mittwoch, den 8. Juni 1966

Meisterlich war unser Gesang in Nürnberg zu Beginn dieser Woche wohl kaum. Es fehlte an Klarheit, Harmonie und mitreißendem Schwung. Auch stand Mendes entschärfte Rede zu sehr im Schatten des Dortmunder SPD-Parteitages, auf dem zur Deutschlandpolitik mehr gesagt wurde als auf unserem Nürnberger Treffen. Auch Dehlers Referat, das ursprünglich der Koalition mit der CDU/CSU praktisch eine Absage erteilte und von vielen Vorstandsmitgliedern zudem als eine Art Nekrolog auf die FDP empfunden worden war, wurde am Montag vormittag nur in einer stark abgemilderten und positiver formulierten Form vorgetragen, nachdem sich eine kleine Redaktionskommission in der Nacht zuvor vier Stunden lang um eine Neufassung bemüht hatte⁵. Daß unser streitbarer Parteifreund sich solches bieten ließ, hing wohl vor allem damit zusammen, daß Dehler nach dem traurigen Ereignis in seiner Familie die Lust zum Kampfe weitgehend verloren hatte⁶.

Während Mende am Montag zum Koalitionsthema kein Wort verlor, ging Weyer tags darauf mit Erhard und der CDU scharf ins Gericht, was allgemein als eine Warnung der Freien Demokraten an die Adresse ihres Partners in der Regierung verstanden wurde⁷. Aber nur Rubin wagte es,

⁴ Mende entfernte aus dem Redemanuskript einen kritischen Satz über die CDU-Haltung zum „freien Geleit“ für SED-Funktionäre, einen Absatz über Pfleiderer und dessen Auffassung, daß die Grundfrage aller Demokratie in Deutschland im Verhältnis zum Osten liege; sowie eine Zurückweisung gewisser Drohungen und Verdächtigungen des Koalitionspartners im Zusammenhang mit der Ost- und Deutschland-Politik der FDP.

⁵ „Entscheidung 65 – Auftrag und Verpflichtung – Rede von Dr. Thomas Dehler am 6.6.1966. Am 6.6. arbeiteten in der Zeit von 0.30 bis 4.30 Friderichs, Marx, Stoltz, Willner, Koegel und Schollwer das bereits abgezogene Redemanuskript Dehlers um. Insbesondere der recht pessimistische Schlußteil der Rede wurde neu formuliert.

⁶ Dehler hielt trotz einer schweren Erkrankung seiner 34jährigen Tochter (Schlaganfall) das Referat, nachdem er am Sonntagabend an der Sitzung des Bundesvorstandes wegen dieses Ereignisses nicht hatte teilnehmen können.

⁷ „Politik in neuer Wirklichkeit“ – Rede Willi Weyers am 7.6.1966. Siehe auch: „FDP greift Erhard und die CDU an“ in *Frankfurter Rundschau* vom 8.6.1966. Der entscheidende Satz gegen Erhard und die CDU lautete: „Mit Adenauer mußten wir ringen. Erhard dagegen führt nicht. Bei ihm müssen wir führen, wir, die Liberalen, der Juniorpartner, oder aber diese Regierung wird nicht von Dauer sein.“

direkt die Frage aufzuwerfen, ob die FDP wirklich im Bund mit der in sich zerrissenen Union auf lange Sicht zusammenarbeiten könne. Trampe hat m. E. heute in der *Welt* die Situation treffend gekennzeichnet, wenn er meinte, die FDP-Führung werde zwar an dem Regierungsbündnis mit der CDU/CSU festhalten, doch sei bei den Delegierten „die Verwandtschaft mit den Sozialdemokraten in der Deutschlandpolitik sehr deutlich“ empfunden worden.

Ein Gespräch mit Stallberg gestern mittag nach der Pressekonferenz gab mir den Eindruck, daß sich zumindest ein Teil der SPD-Führung sehr um ein mit den Freien Demokraten abgestimmtes Vorgehen in der Deutschlandpolitik bemüht. Aber selbst dazu ist die FDP nur begrenzt imstande, solange unser deutschlandpolitisches Konzept – wie in Nürnberg erneut bewiesen – die notwendige Konsequenz vermissen läßt. An Weyers beherzigenswerter Forderung, es dürfe in der Politik unseres Landes keine Tabus geben, wenn nicht die Gesamtpolitik Schiffbruch erleiden solle, orientiert sich ja nicht einmal der Redner selbst.

Donnerstag, den 16. Juni 1966

Gestern abend gab es in der Mainzer Uni bei einer Podiumsdiskussion mit Wörner und Selbmann harte Auseinandersetzungen über die Deutschlandpolitik. Während der Erörterung des Themas Redneraustausch trug der CDU-Abgeordnete die üblichen Argumente vor. Für ihn ist der Redneraustausch gewissermaßen der Anfang vom Ende unserer Sicherheit und Freiheit. Selbmann und ich gaben kräftig Kontra⁸.

Heute morgen trafen Marx und ich mit Pastor W. im Bonner Talweg zusammen. W. berichtete uns über seine kürzliche Reise in die DDR und die dabei mit Frau Sasse (LDPD-Zentralvorstand) geführten Gespräche. Sie habe sich sehr anerkennend über Mende geäußert, zugleich aber ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß M. nicht auf Gerlachs Brief geantwortet habe. Frau Sasse, die offenbar von der Briefübergabe in Ostberlin durch Hummel nichts wußte, bat den Pastor, bei der FDP in Bonn wegen eben dieses Briefes vorstellig zu werden⁹.

⁸ Auf Einladung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, Landesverband Rheinland-Pfalz, fand am 14. 6. 1966 in der Mainzer Universität eine Podiumsdiskussion über das Thema „Redneraustausch – Chance und Risiko“ statt, an dem der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Wörner, der wissenschaftliche Assistent in der SPD-Bundestagsfraktion, Selbmann, und für die FDP W. Schollwer teilnahmen. Die Leitung hatte der RCDS-Vorsitzende Hermann Flade.

⁹ Die FDP hatte ihren Offenen Brief an Gerlach nach der Vorstandssitzung vom 22. 4. in einem Handschreiben an den Chefredakteur des *Morgen* übersandt und die Veröffentlichung der Briefe von LDPD und FDP in der nächsten Ausgabe des *Berliner Morgen* ebenfalls zugeleitet. Einige Wochen darauf behauptete die Pressestelle des LDPD-Zentralvorstandes, der Brief Gerlachs an die FDP sei bisher von den Freien Demokraten nicht beantwortet worden. Daraufhin übergab Hermann Hummel am 1. 6. in der LDPD-Parteileitung in Ostberlin noch einmal persönlich ein

Interessant auch W.'s Darstellung der augenblicklichen DDR-Situation. Der überwiegende Teil der Bevölkerung sei durchaus positiv zum Redneraustausch eingestellt. (Wörner hatte genau das Gegenteil behauptet und von einer „Entmutigung der Zonenbevölkerung“ gesprochen). Die Erwartungen der Menschen in der DDR (lt. Pastor W.): Die DDR sollte „ringsum ernst genommen werden“, Verstärkung titoistischer Tendenzen in Mitteldeutschland, Verbesserung der Beziehungen zwischen BRD und DDR.

Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Ende der Bonner Koalition

Mittwoch, den 22. Juni 1966

Am Montag, bei der Morgenbesprechung (ohne Mende), Manöverkritik des Nürnberger Parteitages. Wir waren uns über die Notwendigkeit einig, daß die FDP ihre politischen Grundsätze erneut diskutieren muß. Für den Herbst ist bereits eine Klausurtagung des Vorstandes geplant.

Bundesregierung und CDU-Präsidium haben sich am Wochenende von einer Rede distanziert, die Rainer Barzel zum Tag der deutschen Einheit in New York von Stapel ließ¹. Man muß immer wieder staunen, wieviel Phantasie manche Christdemokraten in utopische Deutschlandvorschläge investieren und wie sehr sie zugleich außerstande sind, gleichermaßen phantasievoll realistische Wege zur Lösung der deutschen Frage zu ergründen. Neue Arbeitsgruppen des Westens zur Beratung der Deutschlandfrage dürften auf jeden Fall – wenn überhaupt – erst sinnvoll sein, wenn sich unsere Bundesregierung mal etwas Vernünftiges zu diesem Thema einfallen ließe.

Gestern aß ich mit Dimitrijew. D. betonte die Bereitschaft seiner Regierung zu einer neuen Politik gegenüber Bonn, sofern die Bundesregierung die „Realitäten“ (Grenzen, DDR) anerkenne und auf Atomwaffen verzichte. Im Zusammenhang mit de Gaulles zweiter Moskau-Reise versicherte der sowjetische Diplomat, Deutschland sei der Sowjetunion im Grunde wichtiger als Frankreich. Daß eine Besorgnis wegen eines neuerli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 324

Exemplar des Offenen Briefes. Gerlachs Stellvertreter Lindner nahm den Brief mit der Erklärung entgegen, der LDPD-Zentralvorstand werde sich voraussichtlich erst im August d.J. mit dem Inhalt dieses Schreibens beschäftigen.

¹ Barzel befaßte sich am 16.6.1966 in einer Rede in New York mit Möglichkeiten der Deutschlandpolitik. Er schlug die Stationierung von Sowjettruppen in der DDR auch nach vollzogener Wiedervereinigung und wirtschaftliche Leistungen an die UdSSR für 20 Jahre vor. Außerdem die Einsetzung einer Viermächte-Arbeitsgruppe des Westens zur Praktizierung der kleinen Schritte und zur Lösung der Deutschlandfrage. (Dokumentation, S. 259 ff.).

chen sowjetisch-französischen Tectelmechtels zu Lasten Deutschlands unangebracht ist, hat auch die fdk bereits in der vergangenen Woche darzulegen versucht.

Daß sich auch Bonn um ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion bemüht, zeigt eine Erklärung der Bundesregierung zum 25. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion. Erstmals verurteilte eine Regierung der Bundesrepublik Deutschland – wenn auch lediglich nur indirekt und in zwei kurzen Sätzen – offiziell die Aggression des Dritten Reiches. Das ist zwar nicht viel, aber immerhin besser als gar nichts.

Donnerstag, den 23. Juni 1966

Mende hat sich gestern vor dem neu gewählten Bundesvorstand sehr kritisch zu den von Jaeger vorgelegten Vorschlägen für eine Reform des Staatsschutzgesetzes geäußert („sehr polemisch“) und sie an drei Stellen wegen der „Kalte-Kriegsformulierungen“ als unvertretbar bezeichnet². Er habe zusammen mit Krone bereits Änderungsvorschläge gemacht. Die vier FDP-Minister hätten im Kabinett gegen diese Staatsschutzbestimmungen votiert. Insbesondere der Paragraph 100 dürfte lt. Mende vom Bundesverfassungsgericht so nicht hingenommen werden können. In der Tat stellt diese „Reform“ des Staatsschutzrechtes praktisch jeden Kontakt mit dem anderen Teil Deutschlands unter Strafe und zementiert damit endgültig die deutsche Spaltung. Vielleicht ist das auch so beabsichtigt? – Der Stand der Beratungen eines interparlamentarischen Gremiums über die Parteienfinanzierung³ und das Verhältnis zwischen LSD und FDS bzw. der beiden Studentenverbände zur FDP waren weitere Themen der Sitzung. Dem einen ist der LSD zu links, dem anderen der FDS zu rechts⁴.

² Das Bundeskabinett verabschiedete am 22.6. einen Gesetzentwurf über die Änderung der strafrechtlichen Schutzbestimmungen, durch die der Staatsgeheimnisbegriff präzisiert werden sollte. Auf Drängen der FDP wurde der umstrittene Paragraph 100 in dem Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums geändert. Nach dem ursprünglichen Wortlaut sollte schon die Aufnahme von Beziehungen zu fremden Nachrichtendiensten für strafbar erklärt werden, wenn nur einer der beiden Teile ungesetzliche Absichten verfolge. Dieser Punkt wurde in der Kabinettsitzung geändert.

³ Am 19.7. erklärte das Bundesverfassungsgericht die bis dahin praktizierte Finanzierung der Parteien aus Haushaltsmitteln für verfassungswidrig. Die Parteien dürften künftig für ihr Wirken bei der politischen Willensbildung keine Staatsgelder mehr erhalten; Zuschüsse zum Wahlkampf seien jedoch weiterhin erlaubt. – Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die FDP lt. Angaben von Friderichs am 22.6. 4,8 Millionen DM vom Bund erhalten. Nach dem zu diesem Zeitpunkt erreichten Stand der interfraktionellen Beratungen über eine staatliche Wahlkampffinanzierung sollte die FDP künftig nur noch 3,4 Millionen DM erhalten.

⁴ Nach Angaben von Kayser (LSD) auf der Vorstandssitzung am 22.6. gab es zu diesem Zeitpunkt 7 Hochschulgruppen des FDS und 38 des LSD. Dabei habe der FDS „auf Mitglieder des nationaldemokratischen Hochschulbundes zurückgegriffen“. Kayser weiter: „In den Bundesvorstand des FDS wurde ein Herr gewählt, der

Dieses verspricht ein Dauerbrenner unserer Vorstandstagungen zu werden.

Dienstag, den 28. Juni 1966

Der Zustand in der CDU/CSU wird immer desolater. Die Attacken Kohls und Guttenbergs gegen Erhard und Schröder haben selbst bei der CDU-Führung Erstaunen und Bestürzung ausgelöst⁵. Kaum jemand zweifelt ernsthaft daran, daß die Erwartungen bezüglich eines Rücktritts des Kanzlers und seines Außenministers noch in dieser Legislaturperiode nicht allein auf dem Mist dieser beiden Unionsherren gewachsen sind. Ein Nachfolger – zumindest für Erhard – steht laut Kohl angeblich auch schon bereit: Kurt Georg Kiesinger.

In der Fraktionssitzung heute nachmittag war jedoch eine Resonanz auf diese christdemokratische Anti-Erhard-Aktion kaum zu spüren.

Kühlmann verbreitete sich ausführlich über das Deutschlandgespräch beim Bundeskanzler am Vormittag. Alle Parteivertreter hätten dort berichtet, jüngere Leute drängten immer stärker auf eine andere Deutschlandpolitik; in allen Versammlungen stellten sie die Frage, warum Bonn die DDR nicht anerkenne. Kühlmann bezeichnete es als „unerträglich“, daß immer wieder prominente Politiker in der Bundesrepublik Positionen in der Deutschlandpolitik preisgäben: „Das werden Sie von mir nicht hören“, rief er erregt aus. Die Parteien müßten vielmehr „geschlossen die gemeinsame Linie“ verteidigen. Diese Gelegenheit benutzte Menne zu einer Frage an den Parteivorsitzenden, was dieser mit seiner Äußerung über die „Sozialisierung des Ruhrgebietes“ im Falle der Wiedervereinigung gemeint habe.

Mende verteidigte sich mit einer Äußerung aus dem Jahre 1956: Das Grundgesetz gebiete uns nur, die Wiedervereinigung in Freiheit zu vollenden, „jedoch nicht, die Dividenden an Rhein und Ruhr zu verteidigen“.

Inzwischen wird die Atmosphäre für den Redneraustausch, der in sechzehn Tagen beginnen soll, zwischen beiden Teilen Deutschlands wieder mieser. Die SED reagiert Tag für Tag in Presse und Rundfunk einen blindwütigen Haß gegen die politischen Institutionen unseres Staates ab.

Fortsetzung Fußnote von Seite 326

Mitglied des Bundes nationaler Studenten war, der seinerzeit wegen verfassungsfeindlicher Umtriebe verboten wurde.“

⁵ „Äußerungen Guttenbergs und Kohls – Befremden bei der CDU in Bonn“ in *Mannheimer Morgen* vom 27.6.1966. Danach hatte der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Helmut Kohl „am Samstag in Anwesenheit Guttenbergs vor Pressevertretern in Deidesheim (Pfalz) erklärt, er rechne noch in dieser Legislaturperiode mit einem Personalwechsel im Auswärtigen Amt und möglicherweise auch im Bundeskanzleramt. Die Alternativen für diese Positionen seien der baden-württembergische Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger und Bundesminister Paul Lücke. Die CDU werde wahrscheinlich mit diesem Gespann in die nächsten Bundestagswahlen gehen.“

Auf unserer Seite ist die Deutschlanddiskussion noch immer weit von der Realität entfernt. Doch unsere Illusionen sind noch keine Rechtfertigung für die Anti-Bonn-Raserei des Regimes, und schon gar nicht für die Verhinderung des Redneraustausches, wie zu erwarten steht.

Freitag, den 1. Juli 1966

Auf einer Tagung der Kommission für Mittel- und Osteuropa am Donnerstag und Freitag in Bad Godesberg bestand über die Tatsache einer evolutionären und reformerischen Entwicklung in den osteuropäischen Ländern Übereinstimmung, nicht jedoch auch über die Tragweite dieses Prozesses. In dieser Beziehung waren die skeptischen Stimmen vorherrschend, vor allem wegen der nach wie vor bestehenden Dominanz Moskaus über Osteuropa.

Zum deutschen Problem waren nur wenig weiterführende Gedanken zu hören. Immerhin gab es vereinzelt Widerspruch gegen die von der Bundesregierung verfolgte Isolierungsstrategie gegenüber der DDR, während man die Grenzfrage nur mit spitzen Fingern anrührte.

Erwartungsgemäß hat die SED inzwischen dem Projekt eines Redneraustausches mit der SPD den Todesstoß versetzt⁶. Als Alibi diene den Kommunisten das „völkerrechtswidrige, annexionistische Gesetz“, das selbst über Hitlers Gesetzgebung hinausgehe. Diese alles überbordende Polemik gegen den Gesetzentwurf „Freies Geleit“ verrät geradezu pathologische Minderwertigkeitskomplexe der „Erbauer einer neuen Gesellschaft“ in Ost-Berlin. Denn die auch aus unserer Sicht bedenklichen Seiten dieses Gesetzes werden durch solche verbalen Aggressionen eher bagatellisiert denn bestätigt.

Montag, den 4. Juli 1966

In unserer heutigen Morgenbesprechung (ohne Mende) wurde erneut lebhaft Kritik an der Politik unserer Partei geübt, besonders an aus taktischen Überlegungen heraus getroffenen Fehlentscheidungen in der Energie- und in der Landwirtschaftspolitik.

Montag, den 11. Juli 1966

Gegen und ohne die Sozialdemokraten kann in Nordrhein-Westfalen nicht mehr regiert werden. Zu diesem Fazit gelangt heute der *General-Anzeiger* bei der Kommentierung des Ausgangs der gestrigen Landtagswahlen. Ein klarer Wahlerfolg für die SPD – sie erreichte fast die absolute Mehrheit – und beachtliche Stimmenverluste der CDU sind – wie Her-

⁶ Am 29.6.1966 gab der Sekretär des ZK der SED, Prof. Albert Norden, auf einer Pressekonferenz in Ostberlin bekannt, daß nach Ansicht der SED-Führung gegenwärtig die Voraussetzungen für den geplanten Redneraustausch nicht gegeben seien.

mann Eich zutreffend schreibt – „der Ausdruck einer um sich greifenden Unzufriedenheit mit der seit Jahren in Bund und Land regierenden CDU“⁷. Die offen zutage getretenen Schwächen des Kanzlers und die innere Zerrissenheit der Union haben wohl nicht zuletzt zu diesem Wahlschicksal für die Christdemokraten beigetragen. Daraus sollte nun endlich auch die FDP Schlußfolgerungen ziehen. Aber Weyer neigt, wie heute morgen im „Team“ zu vernehmen war, unverdrossen zur Fortsetzung der Koalition. Genscher sprach dagegen etwas nebelhaft von „bundespolitischen Konsequenzen“; ein Gespräch mit der „Pleite-CDU“ (Genscher) sei wegen Bonn jedenfalls notwendig.

Unsere Partei hat sich bei den gestrigen Landtagswahlen übrigens gut gehalten, ihren Stimmenanteil gegenüber 1962 sogar leicht verbessert. Hier in Bonn nahm sie sogar um 2,4 Prozent zu.

Dienstag, den 12. Juli 1966

Zu einer heftigen, stundenlangen Diskussion des Wahlergebnisses in Nordrhein-Westfalen und einer möglichen Koalitionsentscheidung der FDP kam es heute im Bundesvorstand. Weyer, entschlossen mit den Verlierern zu koalieren, hatte bereits vor Beginn der Sitzung einen von Koenig verteilten Pressespiegel einziehen lassen, weil dieser – von der *Welt* bis zur *Frankfurter Rundschau* – nur Kommentare enthielt, die sich gegen eine CDU-FDP-Koalition richteten. Auch Mende versuchte bei Sitzungsbeginn die Diskussion dadurch zu beeinflussen, daß er erklärte, mit dem CDU-Wahlergebnis brauche man sich nicht weiter zu beschäftigen. Im übrigen sei die Lage wie üblich: „Wie man's macht, macht man's falsch.“

Doch die meisten der Vorstandsmitglieder sprachen sich in einer mehr als dreistündigen Diskussion gegen eine Erneuerung der alten Koalition in Düsseldorf aus: die einen (z. B. Saam, Schultz, Hedergott) waren für ein Zusammengehen mit der SPD, die Mehrheit jedoch für eine FDP-Opposition im Landtag. Nur Weyer, Achenbach, Dehler, Starke und Zoglmann plädierten für die Fortsetzung des alten Bündnisses. Mende selbst lavierte zwischen den Fronten⁸.

Kurz vor 1 Uhr wurde ich aus der Sitzung herausgerufen: Stallberg am Telefon. Er erkundigte sich, wie ich die Chancen einer SPD/FDP-Koalition in NRW beurteile. Ich teilte ihm mit, daß für diese Lösung nur eine kleine Minderheit zu haben sei, die Mehrheit aber zu diesem Zeitpunkt wohl der Oppositionslösung zuneige. Stallberg deutete darauf hin, die

⁷ Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis erhielt die CDU 42,77 (1962: 46,4), die SPD 49,47 (43,3) und die FDP 7,42 (6,9) Prozent der Stimmen bei den Landtagswahlen vom 10. 7. 1966.

⁸ Lt. Beschlußprotokoll der Vorstandssitzung, datiert vom 20. 7. 1966, sprachen sich gegen eine Fortsetzung der bisherigen Koalition in NRW Saam, Ertl, Schultz, Baum und Mischnick aus, während Achenbach, Zoglmann, Dehler und Starke für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU eintraten.

SPD werde das Wagnis einer Minderheitenregierung eingehen, sofern die FDP diese toleriere. Als ich den Sitzungssaal wieder betrat, plädierte Rademacher gerade für eben diese von Stallberg angeregte Lösung. Ich unterrichtete daraufhin den Vorstand über mein Telefonat mit dem SPD-Pressesprecher. Schäfer und Kayser nahmen sofort den Ball auf, Zoglmann sprach dagegen: er behauptete, Stallberg habe am Sonntag klargemacht, daß er die schwarz-rote Koalition wolle. Wenn wir also bereit seien, eine SPD-Minderheitenregierung zu tolerieren, hätten wir heute abend schon die Große Koalition an Rhein und Ruhr. „Meine Mitwirkung für eine schwarz-rote Koalition bekommen Sie nicht!“

Damit war diese Debatte beendet. Man entzog sich einem eigenen Votum durch Zitierung der Erklärung des FDP-Landesvorstandes von gestern im Vorstandskommuniqué⁹, und die sprach sich – wenn auch verschleiert – für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU aus. Ich fürchte, wir schlittern immer tiefer in den Sumpf, in dem Erhard und die Seinen schon bis zum Halse stecken.

Samstag, den 16. Juli 1966

Die Arbeitsgruppe „Deutschland- und Ostpolitik“ der Deutschen Gruppe der LWU hat sich heute endgültig auf die von Hartkopf empfohlene pragmatische Linie bei den weiteren Beratungen der deutschen Frage geeinigt. H. machte in seinem Einleitungsreferat auf die für die Liberalen prekäre Entwicklung in der Deutschlandpolitik aufmerksam: Hier seien die Sozialdemokraten seit März d.J. eindeutig am Zuge (Redneraustausch); ab Herbst dieses Jahres sei mit einer neuen deutschlandpolitischen Offensive der SPD „auf breiter Front“ zu rechnen. Zu diesem Zeitpunkt laufe bei dieser Partei auch die „Schonzeit für Mende“ ab. Dann heiße es für uns: handeln! Die FDP stehe in der Deutschlandpolitik vor ihrer Existenzfrage. Aber solange wir in dieser (CDU-)Koalition seien, werde es in der Deutschlandpolitik keinen Fortschritt geben.

Donnerstag, den 21. Juli 1966

An Rhein und Ruhr dreht sich noch immer das Koalitionskarussell. Fride-
richs meinte am Montag im Team resignierend, er werde sich aus der Geschichte ganz heraushalten. Nun, er kann ja sowieso nichts an dem unbezähmbaren Drang unserer Düsseldorfer Freunde zur neuerlichen Umarmung der siechen CDU ändern. Am Dienstag verkündete das BVG, wie befürchtet, ein besonders für die FDP folgenschweres Urteil: die staatliche

⁹ „Kommuniqué des FDP-Bundesvorstandes“ – in fdk (*Tagesdienst*) Nr. 263/66 vom 12.7.1966. Dort heißt es am Schluß (Zitat einer Erklärung des Landesverbandes): „Die FDP hat vor der Wahl erklärt, daß sie die Koalition mit der CDU fortsetzen will, die nun folgenden Verhandlungen werden zeigen, ob dieses Ziel verwirklicht werden kann.“

Parteienfinanzierung ist verfassungswidrig. Friderichs zog sofort die Notbremse: Die Abteilungsleiter wurden angewiesen, umgehend Sparvorschläge materieller und personeller Art zu machen. Und das bei unserem ohnehin unzureichenden Personalbestand in der Bundesgeschäftsstelle.

Vor einer Woche starb in Opladen, fast siebzigjährig, Friedrich Middelhaue. Er war in den frühen fünfziger Jahren Symbol eines „rechten“ FDP-Kurses. Der ehemalige Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen verfocht eine Politik großzügigster Öffnung nach rechts. Der Erfolg war beeindruckend: die alten Nazis kamen in Scharen und beherrschten bald die Geschäftsstelle in der Sternstraße, Kreis- und Ortsverbände, vom Landesvorsitzenden selber ganz zu schweigen. Bis der Bundespartei die Braunfärbung der rheinischen FDP zu penetrant wurde. Eine Selbstreinigung setzte ein, Middelhaue verlor den Vorsitz des Landesverbandes und im Jahre 1956 auch noch seinen Posten als stellvertretender Bundesvorsitzender. Dann wurde es still um ihn. Noch einmal, im Dezember 1958, ging sein Name durch die Presse, als Weyer öffentlich die Möglichkeit einer Rückkehr Middelhaues in die aktive FDP-Politik erwog. Doch dazu kam es nicht mehr, zum Glück für Middelhaue, vor allem aber für die Freien Demokraten.

Donnerstag, den 28. Juli 1966

Dreieinhalb Stunden diskutierten gestern nachmittag Vorstand und Fraktion die Düsseldorfer Regierungsbildung. Es waren etwa die gleichen Fronten wie vor zwei Wochen, nur diesmal bei der Bewertung einer inzwischen getroffenen Entscheidung: der Wiederherstellung der CDU/FDP-Koalition.

Mende gab zu Beginn der Debatte seinen üblichen Lagebericht, durch Mitteilungen über sein jüngstes Gespräch mit dem Kanzler angereichert. Der Bemerkung des Vorsitzenden, die FDP habe den Eindruck, die CDU wolle an Rhein und Ruhr eigentlich eine andere Koalition, habe Erhard mit dem Argument widersprochen, das sei schon deshalb nicht möglich, weil eine Große Koalition in Nordrhein-Westfalen Rückwirkungen auf Bonn haben müsse. Man sei sich darum einig gewesen, daß die Bonner Finanz-, Währungs- und Steuerprobleme für das Wahlergebnis im größten Bundesland verantwortlich seien. Später wäre man auf die Ostpolitik zu sprechen gekommen. Erhard habe – nach Ansicht Mendes – „Angst“, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien Rückwirkungen auf das Verhältnis Moskau-Bukarest haben müßten. Bei Erörterung der Deutschlandpolitik ging es offenbar wiederum nur um Zuständigkeitsfragen. Mende erklärte dem Kanzler, es sei unerträglich, daß Westrick den Staatssekretärsausschuß leite; das werde er – Mende – nicht länger hinnehmen. Daraufhin habe der Kanzler vorgeschlagen, daß dieser Ausschuß künftig vom Staatssekretär des Mende-Ministeriums geleitet werde.

Schließlich noch einige Bemerkungen des Vorsitzenden zur Berlin-Politik: Moskau werde künftig die Berlin-Klausel Bonns nicht mehr schlucken. Auch seien die Sowjets nicht bereit, über die deutsche Frage international zu verhandeln. Im übrigen habe man schon 1959 Westberlin aus dem deutsch-sowjetischen Kulturabkommen ausgeklammert (Aussage Schröders im Kabinett).

Diese und andere Bemerkungen Mendes zur Ost- und Deutschlandpolitik („Ich habe den Eindruck, daß Schröder in der Ostpolitik schwankt“) nahm Genscher in seinem Diskussionsbeitrag auf: Die FDP dürfe nicht in den Verdacht geraten, „die letzten Prätorianer Erhards zu sein“. Wenn unsere Partei der Gefahr entgehen wolle, „mit Erhard in die Ecke gestellt zu werden“, müsse die ihren Standpunkt in der Deutschland-, Ost- und Verteidigungspolitik deutlicher machen als bisher; er stimme nicht mehr mit der Schröderschen Außenpolitik überein. Auch Schultz verlangte ein „offensives Vorgehen in der Deutschlandpolitik“, Graf forderte, die FDP müsse sich „klar von der CDU abgrenzen“, und Hoppe meinte, wir sollten den Eindruck zu überwinden suchen, daß die FDP ein „Verein zur Rettung der sterbenden CDU“ geworden sei. Doch diese Nachhutgefechte können nach der Entscheidung vom Montag (Wahl Meyers mit FDP-Stimmen zum Ministerpräsidenten in NRW) an der verfahrenen Situation nichts mehr ändern.

Nach Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Ungarn hat nun auch Jugoslawien offiziell auf die deutsche Friedensnote vom 25. März geantwortet. Alle diese Repliken stimmen in drei Forderungen überein: Verzicht Bonns auf Atomwaffen, normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und Anerkennung der Ostgrenzen. Das ist insofern von Bedeutung, als auch die westlichen Regierungen solche Postulate mehr und mehr zur Grundlage ihrer Deutschlandpolitik machen. Wann werden wir wohl daraus die unvermeidlichen Konsequenzen ziehen?

Samstag, den 6. August 1966

Geht nun auch Mende auf Distanz zur CDU? Nach heutigen Pressemeldungen soll unser Vorsitzender in einem Interview erklärt haben, er glaube nicht, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen bei ihrer Entscheidung für die Koalition mit der CDU „glücklich“ sei. Er hoffe, daß sich seine Partei künftig nicht mehr koalitionspolitisch so festlegen werde, wie erst kürzlich in NRW. Es sollte nicht mehr vorkommen, „daß wir sagen: ‚nur‘ oder ‚niemals‘“. Mende: „Wir können, wenn wir es für richtig halten, auch mit der SPD gehen!“ – Das hätte M. besser *vor* der Koalitionserneuerung seinen rheinisch-westfälischen Parteifreunden auf den vertraulichen Sitzungen von Vorstand und Fraktion sagen sollen. Jetzt wirken solche

Kommentare wie eine Desavouierung Weyers. Aber vielleicht sind sie auch so gemeint?

Dienstag, den 9. August 1966

Adenauer hatte mit seinem jüngsten *New York Times*-Interview Pech: seine Attacken gegen die USA und Moskau riefen in Bonn nur noch Achselzucken und Kopfschütteln hervor. Der Haß gegen Kennedy und tief eingefleischte Kommunistenfurcht machen den alten Herren offenbar blind gegenüber den Realitäten. So nimmt den Ehrenvorsitzenden der CDU heute nicht einmal mehr die eigene Partei ernst¹⁰.

Auf einer mehr als vierstündigen Abteilungsleiter-Besprechung wurden gestern nachmittag Einsparungsmaßnahmen in der Geschäftsstelle diskutiert. Elf Kollegen und Kolleginnen sollen entlassen werden. Das wird die Effektivität der Parteileitung kaum erhöhen, von der betrüblichen menschlichen Seite gar nicht zu sprechen¹¹. Morgens im „Team“ erörterten wir die Erhard-Nachfolge, das Verhältnis der FDP zum gegenwärtigen Bundeskanzler und Westricks Rücktrittsabsichten. Niemand glaubt noch, daß der „Dicke“ diese Legislaturperiode durchstehen wird.

Sonntag, den 14. August 1966

Rubins ketzerischer *liberal*-Artikel zur Koalitionspolitik der FDP veranlaßte Mende, mich gestern noch am späten Abend aus Tegernsee anzureufen und eine distanzierende Stellungnahme durchzugeben¹². Aber das Nachdenken über unser Regierungsbündnis mit der CDU ist in der FDP auf diese Art mit Sicherheit nicht mehr abzubremesen.

Gestern gedachte Deutschland des fünften Jahrestages des Mauerbaus. Diese politische Bankrotterklärung Ulbrichts war zugleich auch sichtbarer Beweis für den Fehlschlag westlicher Deutschlandpolitik. Das kann gar

¹⁰ „Eisiges Schweigen um Adenauer“ – in: *Frankfurter Rundschau* vom 9.8.1966. In einem Interview mit der *New York Times* hatte Adenauer – der o.a. Quelle zufolge – die USA aufgefordert, ihre Truppen aus Vietnam abzuziehen, und den Vorwurf erhoben, sie vernachlässigten Europa. Für die amerikanischen Kalamitäten in Vietnam machte er den ermordeten Präsidenten Kennedy verantwortlich. Adenauer warnte zudem davor, „daß die Sowjetunion die Kontrolle über Deutschland und Frankreich erringt; dann sind wir alle verloren.“

¹¹ Unter den für eine Entlassung vorgesehenen Mitarbeitern waren 4 Referenten. Die Kündigung erfolgte zum 30.9.1966 wegen der „Auswirkungen des Karlsruher Urteils zur Parteienfinanzierung“.

¹² Mende wies darauf hin, daß die Zeitschrift *liberal* Beiträge „unter der ausschließlichen Verantwortung des Verfassers“ veröffentlicht. Das gilt auch für den Artikel des Bundesschatzmeisters. Weder der Bundesvorstand noch die Bundestagsfraktion würden durch Namensartikel in *liberal* verpflichtet. Die Führungsgremien der FDP würden sich „nach den Parlamentsferien mit den im Artikel des Bundesschatzmeisters Rubin angeschnittenen Fragen befassen“. Diese Stellungnahme wurde übrigens in der fdk nicht veröffentlicht, sondern von Schollwer nur fernmündlich an die Agenturen durchgegeben.

nicht oft genug betont werden. Eine neue noch in Arbeit befindliche Bestandsaufnahme weist auf die seitdem veränderte politische Landschaft hin. Die Schrift soll in den *X-Informationen* erscheinen, Ende dieses Monats¹³.

Freitag, den 19. August 1966

Einer jüngst aus dem AA an die Öffentlichkeit gelangten anonymen Kritik an der deutschen Ostpolitik („absoluter Leerlauf“) hat die fdk gestern eine parteiöffentliche hinzugefügt. Nachdem die Bundesregierung am Mittwoch schon zum dritten Male innerhalb von zwei Wochen neue Initiativen in der Osteuropa-Politik angekündigt hatte, schien es mir notwendig, die Seriosität solcher Ankündigungen zu untersuchen. Über das negative Ergebnis der Untersuchung hat die Presse heute bereits berichtet. Wobei auch einige Zeitungen genüßlich auf nahezu gleichlaufende Kommentierung von SPD und FDP der angeblichen – und inzwischen von Erhard und Schröder praktisch wieder dementierten – Regierungsvorhaben hinwiesen. Rubin hat völlig recht, wenn er einer weiteren Kanzlerschaft Erhards mit größten Bedenken entgegensieht. Selbst Mende hat zum Wochenanfang in Rottach-Egern seinen Kanzler nur sehr zurückhaltend verteidigt. Der aber lebt weiter in seinen Illusionen und bezeichnete die FDP-Vorstöße als „Auswüchse der Sauregurkenzeit“¹⁴.

Mittwoch, den 31. August 1966, Hotel Seehof am Mondsee

Gegen Abend aus Bonn ein Anruf von Heckmann (DPA) wegen der heute an die Presse verteilten Bestandsaufnahme. H. bat mich, meinen Namen als Verfasser dieser Studie bekanntgeben zu dürfen. Ich lehnte ab, obwohl Heckmann meinte, alle seine Bonner Kollegen hätten auf mich als den Autor getippt. Die FDP habe sich bereits von meinem neuesten Werk distanziert¹⁵. Ich hab's nicht anders erwartet.

¹³ „Die Deutsche Frage im Sommer 1966 – Versuch einer Bestandsaufnahme“ (66 Seiten) in: *X-Information* Nr. 35/66 vom 29.8.1966. Diese Schrift des Verf. erschien anonym und nur durch drei Sterne gekennzeichnet. Das Manuskript dazu war am 16. August fertiggestellt und am 21.8. Schelkmann übergeben worden.

¹⁴ In einem Pressegespräch in seinem Urlaubsort Rottach-Egern erklärte Mende, die FDP werde sich darum bemühen, „bei den anstehenden wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen zu einer strafferen und schnelleren Entscheidung in der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner zu kommen und auch die Regierungszusammenarbeit besser zu koordinieren. Rubin erklärte dagegen am gleichen Tag lt. o. a. Quelle auf die Frage, ob nach seiner Ansicht mit Erhard als Regierungschef die von der FDP für erforderlich angesehenen Aufgaben zu lösen seien: „Ich habe den Glauben daran verloren.“

¹⁵ „Kein Hinweis auf Autorenschaft eines FDP-Politikers“ – in fdk (*Tagesdienst*) Nr. 307/66 vom 31.8.1966. Darin hieß es u. a., es könne keine Rede davon sein, daß es sich um eine Kritik der FDP an der Deutschlandpolitik der Bundesregierung

Donnerstag, den 1. September 1966, Hotel Seehof am Mondsee

Die Bestandsaufnahme hat Schlagzeilen gemacht. In allen hier erreichbaren deutschen Tageszeitungen wird z. T. sehr ausführlich zitiert.

Den Berichten ist zu entnehmen, daß Heckmann mich zwar nicht „verpiffen“, aber doch in die richtige Richtung gezeigt hat.

Bisher hat offenbar nur der *Kölner Stadt-Anzeiger* meinen Namen genannt, der sich übrigens nicht verkneifen wollte, darauf hinzuweisen, daß das obligate Dementi der FDP in jenem Pressedienst erschienen sei, für den ich selbst verantwortlich zeichne¹⁶. Die Zurückweisung des FDP-Sprechers klingt ziemlich lahm und wenig überzeugend. Aber nach Bökel und Rubin ist es natürlich schwierig, den Bonner Journalisten ein Unbeteiligtsein der FDP an den immer kritischer werdenden Betrachtungen zur Politik Erhards und seiner CDU aufzuschwatzen.

Samstag, den 24. September 1966

Während meines Urlaubs ist es zu einer brieflichen Auseinandersetzung zwischen Markscheffel und BPA-Krueger wegen eines Artikels des SPD-Pressedienstes über die Deutschlandpolitik der Bundesregierung gekommen, bei dem mein Kommentar vom 18. August für Kollegen M. als Beweisstück für die Berechtigung der SPD-Kritik eine Rolle spielte¹⁷. Krueger hat es in seiner Replik klugerweise vermieden, auf die fdk einzugehen. Grotesk die Behauptung des Presseamts-Direktors, der Vorwurf, die Bundesrepublik überlasse die Darstellung des Deutschlandbildes in Osteuropa allein den Machthabern von Pankow, sei „grundfalsch“. Den Vorwurf „vorsätzlich falscher Auffassung“ hat Krueger indessen gegenüber dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 334

handele. „Immerhin wird diese Politik durch den FDP-Vorsitzenden Erich Mende als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen mitvertreten.“

¹⁶ „Rätselraten um Attacke auf Deutschlandpolitik – Freie Demokraten: nicht von uns – Autor unbekannt“ in *Kölner Stadt-Anzeiger* vom 1. 9. 1966. Dort hieß es: „In Bonn wird es nicht für unmöglich gehalten, daß sich hinter dem mit drei Sternen zeichnenden Verfasser der FDP-Politiker Wolfgang Schollwer verbergen könnte. Um eine Denkschrift Schollwers zur Deutschlandpolitik hatte es bereits vor zwei Jahren einigen Wirbel gegeben. Schollwer befindet sich zur Zeit in Urlaub.“

¹⁷ Der stellv. Leiter des BPA, Werner Krueger, hatte sich auf der Pressekonferenz am 17. 8. gegen die Formulierung des SPD-Pressedienstes gewandt, die BRD dürfe „in Zukunft die Darstellung des Deutschlandbildes nicht mehr den Machthabern von Pankow allein überlassen“.

In einem Brief an Krueger hatte daraufhin der damalige Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, Markscheffel, gegen den Vorwurf, der Dienst streue „bewußt vorsätzlich falsche Behauptungen“ aus, mit Hinweis auf ähnliche Feststellungen in der fdk vom 18. 8. zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung protestiert und Krueger ersucht, „für eine korrekte Bereinigung dieses von Ihnen leider durch Ihre Bemerkung vor der Bundespressekonferenz hervorgerufenen Zwischenfalls Sorge zu tragen“.

SPD-Pressedienst nicht zurückgenommen und damit indirekt auch nicht in bezug auf meine Person. Markscheffel und ich werden das überleben.

Inzwischen hat Westrick endlich seinen Hut genommen. Dieser Stein des Anstoßes der Koalition ist nun beseitigt, doch damit die Krise um Erhard noch lange nicht beendet. Denn inzwischen machen auch immer häufiger Christdemokraten gegen Erhard Front. Die „Regierung auf Ab-ruf“ (*Spiegel*) treibt steuerlos in schwerer politischer See. Erhard scheint endgültig resigniert zu haben.

Dienstag, den 4. Oktober 1966

Am Nachmittag gaben uns zwei schwer angeschlagene Unionspolitiker (nacheinander) die Ehre: von Hassel und Erhard. Auf die Frage Kühlmanns, ob Bonn schon verbindliche Angebote für ein neues Offset-Abkommen an Washington gemacht habe¹⁸, meinte der Verteidigungsminister, es werde nur beschafft, was die Bundeswehr benötige und „was wir nicht anderswo besser, billiger und preiswerter bekommen“. Es gebe keinen politischen Kauf „um des Kaufens willen.“ Später kam es zu einer scharfen Kontroverse zwischen den Abgeordneten Ollesch und Opitz auf der einen und von Hassel auf der anderen Seite über die Frage der Truppenverminderungen für den Fall nicht ausreichender finanzieller Leistungen an die Amerikaner. Als Ollesch erklärte, „das nehmen wir hin!“ (die Reduzierungen nämlich), erregte sich der Minister und schlug verärgert vor, die Fraktion durch sein Haus über die militärische Lage informieren zu lassen.

Nachdem von Hassel uns verlassen hatte, übte Mende indirekt Kritik an der Haltung einiger Abgeordneter. Die FDP habe seinerzeit der NATO zugestimmt und sich bereit erklärt, alle sich daraus ergebenden Verpflichtungen zu erfüllen. Allerdings konzedierte der Vorsitzende, bevor neue Vereinbarungen mit den USA getroffen würden, müßte erst klar sein, welches Verteidigungs- und Sicherheitskonzept die Bundesrepublik zur Zeit habe. M. sprach sich für eine Ablehnung der MLF sowie für eine Neubestimmung der Deutschlandpolitik aus, bevor wir in der Verteidigungspolitik weitergingen.

Dann erschien der Kanzler. Er ergänzte von Hassel mit der Bemerkung, er habe in Washington klargemacht, daß ein Offset-Abkommen nicht iso-

¹⁸ Im Jahre 1961 war eine Devisenhilfe Bonns für die USA zur Entlastung der amerikanischen Zahlungsbilanz vereinbart worden. Die Bundesregierung verpflichtete sich, die Dollar-Ausgaben der amerikanischen Truppen in Deutschland durch Rüstungskäufe im gleichen Wert in den USA abzugelten. Während jedoch Adenauer diese Devisenhilfe stets von der Lage des Bonner Bundeshaushaltes abhängig gemacht hatte, versprach Erhard Präsident Johnson bedingungslos, während der Jahre 1965 und 1966 für insgesamt 5,4 Milliarden Mark in den USA einzukaufen. Bis zu diesem Zeitpunkt (Oktober 1966) hatte Bonn aber wegen der prekären Haushaltslage erst 1,8 Milliarden aufgebracht, für die restlichen 3,6 Milliarden war im Bundeshaushalt keine Deckung vorhanden.

liert verhandelbar sei, sondern mit Fragen der Sicherheit und der Strategie verknüpft werden müsse. Im übrigen war Erhards Reise-Bericht wieder einmal blumig und ziemlich verworren. In der Deutschlandpolitik ist demnach alles „in Butter“: Johnson habe ein „eindrucksvolles Bekenntnis“ zum Alleinvertretungsrecht, zur Selbstbestimmung und zur Freiheit Berlins abgelegt. Obwohl Erhard eine ziemlich unpassende Bemerkung zu Johnson über die amerikanische Bündnistreue gemacht haben will, habe der Präsident den Wunsch geäußert, „mit mir einen direkten und gesicherten Draht zu haben“. Erhard: „Das war eine Geste des Vertrauens und der Verbundenheit. Ich habe mit aller Strenge und in aller Härte die deutsche Position vertreten. Das ist möglich, wenn zwei Menschen Vertrauen zueinander haben.“

Die Fraktion zeigte sich von dieser Polit-Lyrik wenig beeindruckt. Kühlmann forderte den Kanzler auf, in der morgigen Kabinettsitzung das von der FDP abgelehnte Sparprämiengesetz im Interesse der Koalition nicht zu behandeln¹⁹. Erhard: Barzel sei da anderer Meinung. Kühlmann drängte: Man dürfe die Sache nicht übers Knie brechen, solle deshalb das Gesetz noch weiter beraten. Aber der Kanzler blieb hartnäckig: „Wir müssen morgen, auch aus drucktechnischen Gründen (sic!), die mittelfristige Vorausschau behandeln!“

Montag, den 10. Oktober 1966

Krajger versuchte heute mittag bei einem Essen den Botschafteraustausch Belgrad–Ostberlin herunterzuspielen. Zugleich beklagte der jugoslawische Diplomat wachsende Pressionen Bonns gegen sein Land.

Am Nachmittag kam Wolfson, besorgt über den Zustand der Union und der Koalition. Seinen bohrenden Fragen war zu entnehmen, daß man in der Botschaft noch immer darauf hofft, daß sich die Erhard-Regierung wieder stabilisiert.

Doch da sieht's schlecht aus. Zwar hat sich der CDU-Vorstand am Freitag demonstrativ hinter Erhard gestellt, aber der Grabenkrieg zwischen der Parteiprominenz geht indessen munter weiter. Auch gerät der Regierungsentwurf zur Sparförderung unter zunehmenden Beschuß der Freien Demokraten, und Erhards Suche nach einem neuen Chef des Bundeskanzleramtes scheint auch kein Erfolg beschieden zu sein.

Bei diesem Bonner Krisen-Geschäft ist Johnsons sensationelle Rede zur Ost-West-Problematik vom vergangenen Wochenende hier kaum beachtet worden. Sein Plädoyer für eine „Wiederversöhnung mit dem Osten“ und die Feststellung, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur durch

¹⁹ Die FDP-Bundestagsfraktion war gegen eine Einschränkung der Spar- und Bauparförderung, wie sie die Kabinettsmehrheit wünschte, um die Haushaltssituation zu verbessern. Nach Ansicht der FDP war der Versuch, den Anreiz zum Sparen zu vermindern und damit eine Ausweitung des Konsums zu provozieren, kein Beitrag zur Stabilität.

eine Aussöhnung zwischen den beiden Blöcken in Europa zu erreichen sei, harmoniert in auffälliger Weise mit dem, was der Europarat Ende September in Straßburg postulierte. Dort wurde für manchen deutschen Teilnehmer in geradezu bestürzender Weise deutlich, daß die meisten westeuropäischen Völker nicht länger bereit sind, eine Politik der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Blöcken an der deutschen Frage scheitern zu lassen. Für die Mehrheit der Europäer ergibt sich die Möglichkeit, Deutschlands Teilung zu überwinden, lediglich unter den Auspizien einer vorangegangenen gesamteuropäischen Kooperation. Bender hat am Samstagabend in seinem Kommentar in die gleiche Kerbe gehauen, die ich tags zuvor mit einem Kommentar über die Europaratssitzung schlug.

Dienstag, den 11. Oktober 1966

Bucher versuchte heute nachmittag in der Fraktion die Stimmenthaltung der Minister am vergangenen Mittwoch im Kabinett mit der Behauptung zu rechtfertigen, Dahlgrün habe davon ausgehen können, daß auch die FDP einer Einschränkung der Sparförderung in gewissen Punkten zustimmen würde. Genscher widersprach: Es gebe Parteibeschlüsse, denen zufolge die Sparförderung sogar noch weiter ausgebaut werden solle. Die Fraktion sei sich mit Bucher während der Parlamentsferien einig gewesen, an diesem Standpunkt festzuhalten. Unsere Minister aber scheinen ihre eigene Politik machen zu wollen. Vielleicht, weil sie die Unionsparteien fürchten, die – wie Zoglmann berichtete – den Versuch machen, die gegenwärtig laufenden Koalitionsgespräche gegen die FDP auszunutzen.

Freitag, den 14. Oktober 1966

Laut Mende befindet sich die CDU in einer Krise, die sowohl die Regierungs- als auch die Parteiführung erfaßt habe: Sechs Kandidaten stünden bereits zur Ablösung Erhards bereit. Die FDP-Linie – so meinte der Vorsitzende am Nachmittag vor dem Bundesvorstand – müsse eine „absolute Nichteinmischung in die inneren Auseinandersetzungen der Union“ sein, „loyal bis zur Ausschöpfung aller Möglichkeiten“. Es könne allerdings der Zeitpunkt kommen, wo wir nicht mehr in der Lage seien, die Mitverantwortung zu tragen – das habe man Erhard bereits mitgeteilt. Dessen erste Regierungszeit habe „unter einem guten Stern“ gestanden, jetzt habe der Kanzler physisch abgebaut. „Wir sollten uns aber nicht in die 1. Linie seines Sturzes begeben“, meinte Mende, „sondern in abwartender Position einen gewissen Prozeß in der CDU/CSU weiter beobachten.“ Abwarten heiße aber nicht Untätigkeit. In der vergangenen Woche habe Dahlgrün Rücktrittsabsichten angedeutet, falls es zu Steuererhöhungen komme. Trete D. zurück, dann müßten auch die anderen Minister der FDP das Kabinett verlassen. Auch das sei Erhard mitgeteilt worden.

Dann wandte sich Mende allgemeinpolitischen Fragen zu, vor allem dem vor zwei Tagen bekannt gewordenen Wehner-Interview²⁰. Dort hatte W. den Gedanken einer Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft bzw. eines Deutschen Bundes in die Debatte geworfen. Mende meinte, man solle nonkonformistische Gedankengänge nicht „in Bausch und Bogen verdammen“. Der SPD-Politiker müsse allerdings erläutern, was er hier unter „Wirtschaftsgemeinschaft“ verstehe. Auf welchen Nenner solle sozialistische Staatswirtschaft und freie Marktwirtschaft zusammengebracht werden? Was bedeute das: „Deutscher Bund“? Wahrscheinlich hoffe Wehner in der DDR auf eine evolutionäre Entwicklung. Ulbricht aber habe bereits die Antwort gegeben: ein „böses Gesetz“, das den innerdeutschen Reiseverkehr weiter einschränke²¹.

Freitag, den 21. Oktober 1966

Eine Berlin-Woche des Bundestages bot Gelegenheit zu einem Gespräch mit Bahr. Das Treffen mit dem Pressechef des Berliner Senats hatte Bender initiiert: Wir beiden Deutschlandpolitiker hätten uns sicherlich viel zu sagen. Das traf leider nicht zu. Als B. gestern mittag mit beträchtlicher Verspätung das Restaurant in der Hardenbergstraße betrat, war meine ohnehin geringe Neigung zu diesem Treffen mit Brandts Vertrautem bereits auf den Nullpunkt gesunken. Auch Bahr zeigte demonstratives Desinteresse, schaute ständig auf die Uhr und dozierte während des Essens über die Staatskrise. Das Ende der Erhard-Regierung sei spätestens nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz zu erwarten, meinte B. Dann gebe es entweder eine Neuauflage der gegenwärtigen Koalition unter einem anderen CDU-Kanzler oder eine Große Koalition, die zwar nicht von der SPD, jedoch von Teilen der CDU angestrebt werde. Bahr: „Sie haben keine Vorstellung, wer alles von der CDU gerannt kommt, um die eigene Partei, vor allem aber auch den Koalitionspartner madig zu machen und gleichzeitig die Hand zu einer Koalition zu bieten.“ Für die SPD sei eine solche Koalition aber nur dann interessant, wenn sie eine neue, auf eine große Mehrheit gestützte Politik in Deutschland ermögliche. Leider böten sich jedoch nur jene CDU-Kreise an, die eine neue Politik nicht wollten; Christdemokraten, die dazu imstande seien, lehnten dagegen eine Große Koalition strikt ab.

²⁰ Der *Vorwärts* veröffentlichte am 19. 10. 1966 ein Interview von Günter Gaus mit Herbert Wehner, das die Zeitschrift *Panorama* bereits am 12. 10. gekürzt gebracht hatte. Wortlaut der deutschlandpolitischen Passagen dieses Interviews siehe Dokumentation zur Deutschlandfrage, Hauptband IV, a. a. O., S. 287 ff.

²¹ Die Volkskammer der DDR verabschiedete am 13. 10. 1966 ein „Gesetz zum Schutz der Staatsbürger- und Menschenrechte der Bürger der DDR“, um diese „vor der völkerrechtswidrigen Verfolgung durch die Organe der westdeutschen Bundesrepublik und deren Auswirkungen zu schützen“ (Stoph). Dieses Gesetz war als Antwort der DDR auf das Gesetz der Bundesrepublik über freies Geleit gedacht.

B. verbreitete sich sodann über die Wahrscheinlichkeit einer SPD/FDP-Koalition. Man stelle sich bei der SPD die Frage, ob die FDP „zuverlässig“ sei. Er befürchte, daß eine solche Regierung eine schwache Regierung sein würde. So müsse man sich überlegen, wie man eine SPD/FDP-Koalition stark machen könne. Der Gedanke an Neuwahlen liege sehr nahe. Auch Hoppe habe in einem Gespräch mit ihm diesen Weg vorgeschlagen, doch eröffne die Verfassung dafür praktisch keine Möglichkeiten. Vielleicht wäre ein Austritt der FDP aus der Koalition ein Signal, das Veränderungen in Bonn in Gang bringen könne und von der SPD als Zeichen für die Bereitschaft der FDP verstanden würde, mit ihr zusammen eine neue Politik zu machen. Bahr wies auf seine guten Kontakte zu Genscher hin und zeigte sich angenehm berührt, daß Mende den Gesprächen zwischen Bahr und Genscher angeblich große Bedeutung zumesse. Nach Ansicht der SPD sei jedoch Eile geboten; denn jeder weitere Monat Erhard-Regierung sei für den Staat ein verlorener Monat.

Am Montag und Dienstag Sitzungen des Fraktionsvorstandes und der Gesamtfraktion.

Der Vorstand beschäftigte sich mit einem Beschwerdebrief des Herrn von Hase. Der hatte sich am 14. d.M. darüber beklagt, daß sich die FDP in letzter Zeit wiederholt von Erklärungen des Pressesprechers der Bundesregierung distanziert habe²². Auch meine Kritik an Herrn von Hases Interpretationen des Washingtoner Abschluß-Kommunikés nach der Kanzlerreise hatte der BPA-Chef in den falschen Hals bekommen, nicht jedoch offenbar einen kritischen Kommentar zur Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Wehner-Interview. Der Vorstand beschloß eine ausführliche Beantwortung des Hase-Schreibens, vorsichtige Distanzierung von einer Erklärung Emdes, nicht jedoch auch von meinem Artikel und den Sprecher-Erklärungen zum Verhalten der FDP-Minister im Kabinett und in der Wehner-Affäre.

Bei TOP 4 kam es zum Streit beim Bericht über die Arbeit einer Kommission, die sich mit Haushaltseinsparungen zu befassen hatte. Man wurde sich nicht einig, ob die FDP überhaupt entsprechende Vorschläge unterbreiten solle. Besonders Scheel und Starke gerieten hart aneinander. Dann brach man die Sitzung ab, ohne die noch ausstehenden 5 Tagesordnungspunkte behandelt zu haben. Tags darauf, auf der Fraktionssitzung im Reichstag, beschloß man, keinen Beschluß zur Haushaltseinsparung zu

²² „Von Hases Äußerungen irreführend und mißverständlich“ – in fdk (Tagesdienst) Nr. 367/66 vom 7.10.1966. In dieser Stellungnahme wandte sich die FDP gegen die Behauptung des Regierungssprechers, die Stimmenthaltung der FDP-Minister bei der Abstimmung über die Einschränkung der Sparförderung im Kabinett habe nichts mit dem Standpunkt zur Sache zu tun gehabt. Ferner: „Nicht mit FDP-Ministern abgestimmt worden“ – fdk (Tagesdienst) Nr. 373/66 vom 13.10.1966. Hier wurde darauf hingewiesen, daß – entgegen einer Äußerung von Hases – dessen negative Stellungnahme zum Wehner-Interview mit den FDP-Minister nicht abgestimmt war.

fassen, aber in der nächsten Woche mit Erhard darüber zu sprechen und ihm zu sagen, die FDP sei nicht bereit, die Steuern zu erhöhen.

Zuvor hatte Mende kurz über die Kabinettsitzung am 14. Oktober berichtet. Dort soll Gradl sein Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß die CDU/CSU die Vorschläge Wehners sofort in Bausch und Bogen verdammt hatte. Carstens habe vor dem Kabinett deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik nunmehr ans Ende „sämtlicher Vorstellungen von Hallstein bis Strauß“ (Mende) gelangt sei. Mende kündigte für den folgenden Tag im Gesamtdeutschen Ausschuß eine Lageanalyse an, gestützt auf die jüngsten Reden von Brzezinski und Johnson. Zu Wehners Interview meinte der Vorsitzende, ohne Anerkennung der DDR sei ein „Deutscher Bund“ nicht möglich.

Dienstag, den 25. Oktober 1966

Die Koalitionskrise dauert an. Tägliche Fraktionssitzungen und Koalitionsbesprechungen weisen auf den Ernst der Lage hin. Nach wie vor vermochten sich die Regierungsparteien nicht auf das Haushaltsvolumen für 1967 festzulegen. Devisenausgleichsabkommen, mittelfristige Finanzplanung und die Frage der Steuererhöhungen bleiben strittig, zumal Erhard keine klaren Vorstellungen erkennen läßt.

Am Vormittag, im außenpolitischen Arbeitskreis, trug ich meine Gedanken zur Deutschland- und Ostpolitik in Frageform und mit Alternativ-Lösungen vor²³. Dabei kam es wieder einmal zu harten Auseinandersetzungen mit Achenbach. Meine alternativen Vorschläge zur Frage der Ostgrenzen veranlaßten A. zu der Bemerkung, ein Verzicht auf die deutschen Ostgebiete sei mit der „Würde des deutschen Volkes unvereinbar“. Da hört dann jede Diskussion auf.

Mittwoch, den 26. Oktober 1966

„Bricht die Regierung Erhard auseinander?“ – Mit dieser Schlagzeile machte heute der *Bonner General-Anzeiger* auf. Auch die jüngsten Koalitionsgespräche haben zu keiner Einigung geführt. Doch stellte Starke nach dem letzten Treffen gestern abend überraschend eine „Klimaverbesserung“ fest, was ihm prompt heute morgen in der Fraktion einen Tadel

²³ „Material für eine Diskussion über die Grundlinien der Außen-, Europa- und Deutschlandpolitik“ vom 24. 10. 1966, die der Verf. auszugsweise im Arbeitskreis vortrug. U. a. schlug dabei Schollwer vor, den Lebensstandard der Bevölkerung in der DDR durch Wirtschaftshilfe zu steigern, die Freizügigkeit im Reiseverkehr in Deutschland wiederherzustellen („also Verhandlungen zwischen Bonn und Ostberlin“), die Hallstein-Doktrin völlig aufzugeben, zumindest aber nach „Verkündung einer salvatorischen Grundsatzklärung“ diplomatische Beziehungen zu Staaten aufzunehmen, die ihrerseits solche Beziehungen mit der DDR unterhalten. In der Frage der Ostgrenzen sollte sich die Bundesrepublik entweder bereit erklären, im Falle der Wiedervereinigung auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, oder schon jetzt die Endgültigkeit der „gegenwärtigen Ostgrenzen der DDR“ bestätigen.

durch den Abgeordneten Dorn einbrachte. Diese Fraktionssitzung bekräftigte die unverändert harte Haltung der FDP in der Frage der Steuererhöhung. Das ist vor allem auf Genschers Agieren zurückzuführen. Unterstützt von Friderichs („Ich halte es für tödlich, wenn die Partei im Nahkampf ihre Strategie ändert“), brachte der Parlamentarische Geschäftsführer einen Antrag ein, der im Punkt 1 (Koalitionsverhandlungen gestatten keine Abstimmung im Kabinett über Steuererhöhungen) von der Fraktion einstimmig angenommen, im Punkt 2 (Dahlgrün legt keine Vorlage für Steuererhöhungen vor) gegen die Stimme Miessners verabschiedet wurde. Mende versuchte einzulenken. Er erinnerte an Starkes *Welt*-Interview vom 12. Oktober, in dem er Steuererhöhungen nicht schlechthin ausgeschlossen habe (z. B. bei Tabak und Alkohol)²⁴. Wegen dieser Dinge dürfe doch die Koalition nicht platzen ... Genscher konterte kühl: „Herr Mende, den Text der Starke-Erklärung haben wir im Bundeskanzleramt nicht vertreten!“ Im weiteren Verlauf der Aussprache zeigte sich, daß nicht nur Mende und Miessner, sondern auch Ertl, Hellige und Sander die möglichen Konsequenzen unserer harten Haltung fürchten.

Mende blieb bis zum Schluß bei seinen Bedenken: er warnte unverdrossen vor Festlegungen durch Beschlüsse, die in der nächsten Woche „zum Katzenjammer“ führen müßten. Das anschließend herausgegebene Pressecommuniqué brachte aber diese Bedenken nicht zum Ausdruck.

Donnerstag, den 27. Oktober 1966

Heute mittag brach die Koalition zwischen Christdemokraten und Freien Demokraten auseinander. Damit ist das Ende einer Epoche gekommen, in der die CDU/CSU das Gesicht der Bundesrepublik Deutschland wesentlich durch die Politik bestimmte. Das Erhard-Wort: „Die Nachkriegszeit ist beendet“ bekommt durch die Vorgänge der letzten Stunden in Bonn eine ganz neue und reale Bedeutung.

Bevor das nicht mehr ganz unerwartete Ende kam, geriet die FDP noch einmal ins Schlingern. Trotz der Beschlüsse der Fraktion am Mittwoch einigte sich das Bundeskabinett nach zehnstündiger Marathon-Sitzung noch am gleichen Abend einstimmig²⁵ auf die Formulierung, daß zum Ausgleich des Bundeshaushaltes 1967 als letzter Ausweg auch Steuererhöhungen ins Auge gefaßt werden müßten. Heute morgen erschien darauf-

²⁴ „Dr. Starke: Steuererhöhungen wäre der schlechteste Ausweg“ – Vorabdruck in fdk (Tagesdienst) Nr. 368/66 vom 11. 10. 1966. In diesem Interview hatte Starke keineswegs – wie Mende behauptete – von einer möglichen Erhöhung der Tabak- oder Alkoholsteuer gesprochen, aber immerhin in bezug auf eine Veränderung der Verbrauchsteuern erklärt: der Ausweg der Steuererhöhungen dürfte „nicht vor Prüfung aller anderen Möglichkeiten“ eingeschlagen werden.

²⁵ Nur drei der vier FDP-Minister hatten an dieser Kabinettsitzung teilgenommen: Mende, Dahlgrün und Bucher. Scheel befand sich zu diesem Zeitpunkt in Paris auf einer UNESCO-Fahrt.

hin *Bild* mit der Schlagzeile: „FDP fiel wieder um!“ Das brachte die FDP-Führung und vor allem die erzürnte Fraktion endlich auf Trab. In der Mittagsstunde erklärten unsere vier Minister den Rücktritt. Ich saß zu dieser Stunde mit Mr. Kux von der amerikanischen Botschaft im Theater-Restaurant beim Essen, als mich dort ein Anruf der Pressestelle erreichte und meine Sekretärin mir den Tod der Erhard-Mende-Regierung mitteilte. Nun werden die Karten in Bonn neu gemischt. Wer wird dieses Spiel gewinnen? Ludwig Erhard gewiß nicht!

